

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Abereinunft.

Die Handelsverträge.

Die neuen Handelsverträge, welche die Reichsregierung auf Grund des durch eine Vergewaltigung der Zollwuchergegner im Reichstag angenommenen Zolltarifs mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Serbien und Österreich-Ungarn abgeschlossen hat, sind nunmehr am 1. Februar dem Reichstag zugegangen, nachdem die offiziöse Presse einige Tage vorher, gezwungen durch angeblich irrtümliche Mitteilungen über dieselben in der ausländischen Presse, einen Auszug daraus veröffentlicht hatte. Damit sind endlich alle Zweifel über die zukünftige Gestaltung der deutschen Handelsbeziehungen mit dem Ausland beseitigt. Wir sehen jetzt klar in die Zukunft, eine Zukunft, die für die deutsche Arbeiterschaft allerdings wenig rosig erscheint.

Denn an der Annahme dieser Handelsverträge, mögen sie auch für die deutsche Industrie eine latente Krisis und damit für die deutsche Arbeiterschaft eine andauernde ungünstige Arbeitsgelegenheit bringen, mögen sie für die große Masse der Konsumenten, und das sind wiederum die Arbeiter, teures Brot bringen, ist nicht zu zweifeln. Der Reichstag hat nur die Wahl, die Handelsverträge unverändert, als Ganzes, anzunehmen oder sie abzulehnen. Ohne Zweifel wird die Entscheidung des Reichstags eine diesen Handelsverträgen günstige sein. Erfüllen sie doch ganz das, was die Mehrheitsparteien des Reichstags immer wieder und ungeflümmert gefordert haben, bringen sie uns doch eine bedeutende Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte, zum Schaden der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft. Wie sollten diese Parteien jetzt dazu kommen, die nunmehr nach ihren Wünschen abgeschlossenen Handelsverträge aus Rücksicht auf das von ihnen jederzeit bekämpfte Interesse der deutschen Industrie und auf das von ihnen jederzeit mißachtete Konsumenteninteresse abzulehnen. Man muß also mit diesen uns Arbeitern so gefährlichen und verhängnisvollen Handelsverträgen als mit einer vollzogenen Tatsache rechnen.

Von der politischen Arbeiterpresse sind diese Handelsverträge mit dem Schlagworte „Teure Nahrung — schlechter Lohn“ sehr richtig charakterisiert worden. Man vergegenwärtige sich nur die Tatsache, daß nach den neuen Handelsverträgen erhöht werden sollen die Zollsätze für 100 Kilogramm Roggen um 1,50 Mark, Weizen um 2 Mark, Malzgerste um 2 Mark, Hafer um 2,90 Mark, Mehl um 2,90 Mark, Malz um 2,15 Mark, Hopfen um 6 Mark, Schlachtkühe um 3,75 Mark, Schlachtkühe um 5,75 Mark (der Zoll ist fast vervierfacht), Jungvieh um 6 Mark (vervierfacht), Schweine um 5,67 Mark (fast verdreifacht), Fleisch um 10 bis 12 Mark, Butter um 4 Mark, Margarine um 4 Mark. Das sind Zollerhöhungen, welche die Arbeiterschaft aufs empfindlichste treffen müssen, da in allen diesen angeführten Nahrungsmitteln eine bedeutende Einfuhr aus dem Ausland notwendig ist. An Getreide, Mehl, Malz, Hopfen allein braucht Deutschland jährlich eine ausländische Zufuhr im Werte von mehr als 600 Millionen Mark. Für weitere 125 Millionen mußte im Jahre 1903 Schlachtvieh nach Deutschland eingeführt werden. Es ist also für alle angeführten Lebensmittel, Brot, Butter, Fleisch, Bier, eine bedeutende Preissteigerung zu erwarten, die im günstigsten Falle etwas hinter den Zollerhöhungen zurückbleibt, in ungünstigem Falle, nämlich bei Steigen des Weltmarktpreises, diese Zollerhöhungen noch übertrifft.

Man vergegenwärtige sich ferner, daß schon die bisherigen niedrigeren Zollsätze sehr niederdrückend auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gewirkt haben. Wir haben ja unter der Ägide der Caprivischen Handelsverträge sogar eine förmliche Brotteuerung und eine Fleischnot gehabt. Zu welchen Erzessen der Brotwucherer gegen die konsumierende Bevölkerung mag es erst unter den Willkürigen Handelsverträgen, die zu Brotwuchergeschäften der schlimmsten Art geradezu herausfordern, kommen. Wozu diese Art Getreidezollpolitik führt, haben wir ja in England gesehen, wo vermöge hoher Brotzölle die Arbeiterbevölkerung in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geradezu in das nackte Elend hineingetrieben war.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft auch nur die Hälfte des Elendes zu erdulden haben wird, was das englische Proletariat zu jener Zeit durch hohe Brotzölle zu erdulden hatte, so werden die nächsten zwölf Jahre des Bestehens der deutschen Handelsverträge für die deutsche Arbeiterschaft im Zeichen der Entbehrungen und des Hungers stehen. Jeder Volksfreund muß diese Entwicklung bedauern, der Arbeiterschaft muß sich aber eine tiefe Erbitterung bemächtigen über die Volksvertretung und die Regierung, die an ihr so handeln konnte. Allenfalls machen sich in der arbeitenden Bevölkerung Anzeichen einer allgemeinen Degeneration bemerkbar. Die Hygieniker haben sich mit den Sozialpolitikern und der Arbeiterschaft verbündet, diese gesellschaftliche Gefahr zu beseitigen. Da werden Tuberkulose- und Arbeiterschuttkongresse aller Art abgehalten, um die Vorbedingungen zu einer Gesundung der Arbeiterbevölkerung zu schaffen. Zu gleicher Zeit kommen aber unsere Gesetzgeber her und unterbinden der Arbeiterschaft auf eine lange Reihe von Jahren direkt alle Lebenskräfte. Billiges Brot wäre das einzige Mittel, um das Proletariat vor dauerndem Siechtum zu bewahren, doch man verteuert, um keinen Zweifel über die Absichten, die man hegt, aufkommen zu lassen, auch noch das teure Brot. Eine praktische Barterung zu dem Heineschen Vers: Hast du viel, so wirst du bald noch viel mehr dazu bekommen, hast du wenig, so wird dir auch noch das wenige genommen, aber wenn du gar nichts hast, ach, dann lasse dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

Die Wirkungen der Brotwucherzölle brauchen, wie gesagt, nicht so schlimm zu sein, wie seinerzeit in England, in jedem Falle werden sie aber eine eminente Schädigung für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft bringen. Berechnen läßt sich dieser Schaden, den der Arbeiterhaushalt durch die infolge der Zollerhöhungen eintretende Lebensmittelverteuerungen erleidet, ja nicht genau, daß er aber eintritt, ist sicher, und er ließe sich nur wirkungslos machen durch eine günstigere Arbeitsgelegenheit und durch höhere Löhne, als bisher gezahlt worden sind. Die Aussichten dafür sind aber nur gering, und gerade die Handelsverträge unterbinden jede Möglichkeit einer günstigeren Gestaltung der deutschen Arbeitsverhältnisse für die nächste Zukunft. Die Auslandsstaaten, mit denen Deutschland in einem Handelsvertragsverhältnis steht, haben die heftige Forderung nach hohen Getreidezöllen, wie wir richtig voraussetzen, mit entsprechenden Erhöhungen der Industriezölle beantwortet. Den Schaden davon hat die deutsche Industrie, die für ihre Produkte nur im Ausland die nötigen Absatzmärkte findet. Ihre Konkurrenzfähigkeit dort wird durch die höheren Industriezölle aber sehr beschränkt. Die Folgen werden sich in einer geringeren Absatzfähigkeit, einer verringerten Produktion, verschlechterter Arbeitsgelegenheit und — am letzten Ende — in einem rapiden Lohndruck äußern.

Wie sehr die neuen Handelsverträge dem Interesse der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft auch nach dieser Seite schaden, das zeigt lehrreich eine Tabelle, die der „Vorwärts“ aufstellt, und die die Erhöhung einiger wichtiger russischer Industriezölle betrifft. Die deutsche Ausfuhr von Eisen- und sonstigen Metallfabrikaten im Werte von 200 Millionen Mark (im Jahre 1903) wird durch neue Zollerhöhungen eingeengt, wo nicht unterbunden. Beispielsweise hat sich der Zoll auf Gußeisen, Eisen- und Stahlwaren genau verdoppelt (4,20 Rubel statt 2,10 Rubel per Pud), ebenso der Zoll auf Wassermesser, Gasmesser, Metallbearbeitungsmaschinen, Schneidemaschinen usw., mehr als verdoppelt hat sich der Zoll auf Nähmaschinenadeln, der auf Lokomotiven und Dampfmaschinen hat sich um die Hälfte erhöht (3,20 Rubel statt 2,10 Rubel per Pud), der auf Maschinenteile hat sich verdreifacht (3 Rubel statt 1,70 Rubel per Pud), der auf elektrotechnische Maschinen ist um ein Drittel gestiegen (12 Rubel statt 9 Rubel per Pud). Die scheinbar geringen Zollerhöhungen für Eisenbleche und gewöhnliche Werkzeuge fallen bei den billigen Preisen dieser Massenartikel dennoch schwer ins Gewicht.

Das ist nur eine kleine Auslese aus dem russischen Industrietarif, und dieser ist wieder nur ein kleiner Teil von den allgemeinen Zollschranken, die der deutschen Export-

industrie auf allen Seiten entgegenstarren werden. Eine vorläufig nicht übersehbare Zahl deutscher Hände droht die neue schutzöllnerische Ara stillzulegen. Die Signatur der neuen Verträge für das arbeitende Volk ist also die: Steigende Lebensmittelpreise bei sinkender Arbeitsgelegenheit, teure Nahrung, schlechter Lohn.

Wir haben vorläufig keine Möglichkeit, um uns dieser uns unangenehmen Tatsache zu entziehen, denn die Handelsverträge mit diesen ihren Wirkungen sind unabänderlich, und an ihrer Annahme durch die Volksvertretung ist nicht im geringsten zu zweifeln. Wir haben nur eine Möglichkeit, diese ihre Wirkungen abzuschwächen, und diese Möglichkeit ist nur durch die Gewerkschaften gegeben. Nur unsere Gewerkschaften, die Preisfechter der Arbeiterklasse, können verhüten, daß Lohnverschlechterungen eintreten, nur sie geben uns die Mittel an die Hand, um die drohende Verschlechterung unserer Lebenshaltung zu verhüten, durch Besserung der Lohnverhältnisse. Die Handelsverträge sind deshalb eine deutliche Mahnung an alle Arbeiter, sich ihren Gewerkschaften anzuschließen. In diesen Tagen, wo uns geradezu der Schrecken ergriffen hat über das, was uns nach den neuen Handelsverträgen bevorsteht, sollte es unter unseren Kollegen nur eine Stimme geben: Hinein in die Gewerkschaft. Organisiert euch beizeiten, kräftigt eure Gewerkschaften beizeiten, ehe alles verloren ist.

Allerdings ergibt sich auch für die Gewerkschaften aus der ganzen Zollwucherkampagne mit ihren uns so verhängnisvollen Ergebnissen eine recht heilsame Lehre, mehr als je Berührung mit der sozialdemokratischen Partei zu suchen. Die Sozialdemokratie ganz allein hat in diesen schweren Kämpfen die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, alle anderen Parteien haben dabei versagt. Selbst das Zentrum, das sich doch so gern den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit gibt, hatte nur Hohn für uns übrig, als wir auf die drohenden Gefahren hinwiesen, und es hat alles unternommen, was diese Gefahren förderte. Gerade die Zentrumspartei hat in der letzten Zeit des öfteren dem Wunsche Ausdruck gegeben, die Gewerkschaften möchten den Mut der Überzeugung haben und sich sozialdemokratisch nennen. Wohl an dem, nennen wir uns sozialdemokratisch, es kann uns in den schweren wirtschaftlichen Kämpfen der Zukunft, die der Brotwucher heraufbeschworen hat, nur dienlich sein, wenn wir dieses Zielbewußtsein haben, das in dem Worte „sozialdemokratisch“ liegt, und auch moralisch schaffen wir uns durch diese Bezeichnung ein Übergewicht. Denn sozialdemokratisch kann sich nur der nennen, dessen Hände rein sind von der Brotwucherschmach; sozialdemokratisch sein heißt, unerbittlicher Gegner aller jener Maßnahmen sein, die Not und Elend über die deutsche Arbeiterschaft gebracht haben.

Das deutsche Proletariat im Kampfe mit Klassenstaat, Klassenmoral und Klassenjustiz.

(Auch ein Rückblick auf das Jahr 1904.)

4.

(Schluß.)

Der nationalsoziale Führer Naumann hat vor kurzem behauptet: „Die deutsche Arbeiterschaft ist einer sozialen Verflüchtung unzugänglich, weil sie durch das Sozialistengesetz verblödet ist und weil die Erinnerung an dieses unfelge Gesetz noch in ihr fortlebt; die heutige Generation muß erst ausgestorben sein, ehe der Verflüchtungsgebilde zum Durchbruch gelangen kann.“ Diese Meinung hätte einen Schimmer von Wahrscheinlichkeit für sich, wenn es der heutige Klassenstaat nicht ganz vortrefflich verstände, die Erinnerung an das Sozialistengesetz lebendig zu erhalten, indem er auch heute noch die Arbeiter behandelt, als ob sie unter einem Ausnahme-gesetz seufzten.

Wenn wir zum Beleg dieser unserer Behauptung uns im vorigen Artikel mit den Urteilen der Gerichte beschäftigten, wollen wir nunmehr zum Schluß das Gebaren der Polizei und der Staatsanwaltschaft unter die Lupe nehmen. Es ließen sich hierüber ganze Bände schreiben, doch wollen wir aus den Bergen von Material, die sich im letzten Jahre bei uns aufgehäuft haben, nur ein paar Proben herausgreifen, wie sie uns gerade in die Hände fallen. „Die Düsseldorf-Polizei“, so wird berichtet, „hat sich nicht damit begnügt,

den Streitenden das Versammlungrecht durch Anwendung der Polizeistunde zu beschränken, sondern sie ist jetzt mit Macht darauf aus, das Recht des Streikpostenstehens aufzuheben. Sobald die Polizei Kenntnis von dem Aufstellen der Streikposten erhielt, erschien sie in einer Stärke von acht Mann und verlangte die Entfernung der Streitenden. Die Streikposten durften nur in einer Entfernung von vielleicht 900 Meter von der Baustelle aufgestellt werden: der Streikposten auf dem Bahnhof wurde gleich weggejagt. Streitende, die die Polizeibeamten auf das Ungefährliche dieses Vorgehens hinwiesen und sich weigerten, die Straße zu verlassen, wurden verhaftet. Selbstverständlich werden sich die Gerichte noch mit der Affäre beschäftigen, doch sind vorläufig die Streitenden durch das ungesetzliche Eingreifen der Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe die Benachteiligten. . . . Der Stadtrat in Gera hatte das Streikpostenstehen verboten und mehrere Streitende mit Strafmandaten beglückt, „weil sie auf der Straße gestanden, respektive zwecklos hin- und hergegangen seien“. Das Schöffengericht hob die Strafmandate auf und erkannte auf kostenlose Freisprechung und legte die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung hieß es: „Der Stadtrat möge gewiß berechtigt sein, Verordnungen zu erlassen, die der Verkehrssicherheit dienen; zum Erlaß einer solchen Verordnung sei der Stadtrat aber nicht berechtigt. Zudem sei die Verordnung rechtlich nicht durchführbar, denn sie beeinträchtigt die Freiheit der Bürger und gebe die Entscheidung darüber, was „zwecklos“ hin- und hergehen“ sei, den Schutzleuten anheim.“ Das klingt sehr vernünftig, denn wenn man annehmen will, daß die Angeklagten Streikposten gestanden haben, so sind sie doch nicht „zwecklos“ hin- und hergegangen, und wenn man ferner alle diejenigen bestrafen wollte, die auf der Straße „zwecklos“ hin- und hergehen, so würde manch feine Dame und mancher Straßengänger, die ihre Zeit mit Nichtstun verbringen, der Polizei in die Finger fallen.

Besonders die Königsberger Polizei hat sich in diesem Kampfe hervorgetan. Der dortige Polizeipräsident erließ einen Ukas, wonach die Schutzleute angewiesen wurden, das Streikpostenstehen tunlichst zu verhindern und die Streitenden fortzuweisen. Obwohl die Schöffengerichte die wegen Streikpostenstehens angeklagten Arbeiter freisprachen, gab der Regierungspräsident auf eine Beschwerde über das ungesetzliche Vorgehen des Polizeigewaltigen folgende Antwort: „Auf Ihre Eingabe erwidere ich, daß ich nach eingehender Prüfung der Sache und Rechtslage keine Veranlassung sehe, in die vom Herrn Polizeipräsidenten zur Aufrechterhaltung der Straßenordnung getroffenen Maßnahmen von Aufsicht wegen einzugreifen, zumal die bisher freisprechenden Erkenntnisse des hiesigen Schöffengerichts sämtlich durch Rechtsmittel angefochten worden sind, über welche die richterliche Entscheidung abzuwarten bleibt.“ Aber trotz freisprechender Gerichtsurteile werden die Streikposten ruhig weiter schikaniert. Als aber ein Mauerer das ungesetzliche Tun der Polizei kritisierte, wurde er wegen Beleidigung der Polizei angeklagt, und der Staatsanwalt entwickelte folgende merkwürdige Logik: „Ein allgemeines Verbot des Streikpostenstehens wie in Lübeck ist allerdings unstatthaft. Aber im einzelnen Falle, bei der Erregung, die hier herrschte, bei dem Streik, der hier stattfand, ist es statthaft. Die Angreifer in diesem Bohnenkampf sind nach meiner Ansicht die Arbeiter gewesen. Die Unternehmer haben sich gewissermaßen in der Notwehr befunden. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist von keiner Seite angezweifelt worden. Aber sie verlangten, wie in so vielen Fällen, den Koalitionszwang. Bei solch einem Mißstand ist die Polizei berechtigt, von ihren eigenen Anordnungen abzugehen.“ Nach staatsanwaltlicher Logik darf also die Polizei gegen Gesetz und Recht verstoßen, wenn es das Selbstinteresse des Unternehmertums erfordert. Inzwischen haben übrigens mehrere Gerichte entschieden, daß jener Polizeimißbrauch ungesetzlich sei und nicht zu Recht bestehe. Leider kommt eine solche Einsicht zu spät, da der Streik inzwischen beendet ist.

Ein ganz krasser Fall ist in Berlin passiert. Zwei Tischler hatten eines Tages vor einer Fabrik Streikposten gestanden und erhielten, wie es nun einmal üblich ist, auch prompt ihr Strafmandat mit der ebenso üblichen Begründung, daß sie einen Aufruhr verursacht hätten. Sie legten Berufung ein, und vor Gericht ergab sich die völlige Haltlosigkeit der Beschuldigung. Das Verbrechen existierte lediglich in der Phantasie des Schutzmanns. Die Angeklagten wurden mit folgender Begründung freigesprochen: sie hätten weiter nichts getan, als in durchaus rechtmäßiger Weise ihr Koalitionsrecht ausüben. Das Einschreiten gegen sie sei direkt ungesetzlich gewesen. Es verstoße gegen das Gesetz, wenn in dieser Weise das Koalitionsrecht angegriffen werde. Geradezu traurig ist es, daß Leute, die nichts Ungesetzliches begangen haben, ohne weiteres Sanktionen ausgesetzt seien, dann noch Strafbefehle erhielten und so vor Gericht gebracht würden. Außer der Freisprechung erscheinere es auch angemessen, die den Angeklagten erwachsenen außergerichtlichen Kosten, wie auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Denn es sei den Angeklagten nicht zu verargen, daß sie sich einen Rechtsbeistand angenommen hätten, da erfahrungsgemäß Streikprozesse, in denen Freisprechung erfolgt, von der Staatsanwaltschaft meistens durch alle Instanzen hindurch gebracht würden und deshalb für die Angeklagten eine sachgemäße Verteidigung notwendig sei. Es muß wahrlich weit gekommen sein in unserem lieben deutschen Vaterland, wenn ein Gericht, dem man doch wahrlich keine Voreingenommenheit für die streikenden Arbeiter vorwerfen kann,

in solch scharfer, aber durchaus zutreffender Weise das Verhalten der Polizei und der Staatsanwaltschaft zu kritisieren gezwungen ist.

Noch ein paar Blüten aus dem duftigen Strauß polizeilicher Schikanen: Unverständlich ist es, so schrieb der „Vorwärts“ über den Streik der Glühlampenarbeiterinnen bei Siemens & Halske in Berlin, was seitens einzelner Polizeibeamten streikenden Arbeiterinnen auf der Straße oder im Polizeibureau, wo mehrere Arbeiterinnen acht, neun, ja zehn Stunden widerrechtlich festgehalten wurden, alles geboten wird. Wenn zum Beispiel einer Arbeiterin vom Polizeibeamten aus einem kleinen Buche vorgelesen wurde, sie könnte wegen Streikpostenstehens mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden, wenn ein anderer erklärte, wegen desselben Vergehens gäbe es 150 Mark Geldstrafe oder zwei Tage Zuchthaus, so muß man doch derartige Scherze bei einer so ernstlichen Angelegenheit für höchst unpassend erklären. Nicht minder ungehörig erscheint es, wenn ein Beamter einer Sittierten Wein anbietet mit der Bemerkung, daß genug davon vorrätig sei, und sie einladet, mit ihm in den Wintergarten zu gehen. . . . Über diesen selben Streik wissen die Zeitungen noch folgendes zu berichten: In einer fast menschenleeren Straße sehen wir eine merkwürdige Gruppe von Menschen — einen Schutzmann und zwei weibliche Gestalten im Straßenkostüm, mit Jackett und Hut. Die Gruppe ist von einem unserer Spezialberichterflatter in dem für den preussischen Staat, vielleicht auch für das Deutsche Reich, hochwichtigen Moment photographiert worden, wo der Schutzmann im Begriff steht, die beiden Repräsentantinnen des schwachen Geschlechtes, die sich in ruhiger, niemanden behelligender Weise in der stillen, weltabgeschiedenen, verkehrlosen Straße bewegen, zur Wache zu silitieren. Es soll durch die beiden friedlichen Arbeiterinnen eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, eine Behinderung des Verkehrs bedingt sein. Die beiden Sittierten gehören zu den streikenden Arbeiterinnen der Firma Siemens & Halske. Also der Tatbestand: In einer „menschenleeren“ Straße ohne Verkehr, in der Platz für hunderttausend Personen ist, bedrohen zwei ruhig ihres Weges gehende, vielleicht auch einmal stillstehende junge Mädchen die öffentliche Ordnung und Sicherheit; erregen sie die Befürchtung, daß sie den Verkehr hindern könnten, den es in dieser Straße nicht gibt; erwecken sie den Verdacht, daß sie lästig werden könnten den Vorübergehenden, die man in dieser stillen Straße weder im Vordergrund mit dem Mikroskop, noch im fernen Hintergrund mit dem Teleskop entdecken kann. Das zweite Bild, gleichfalls einen Ausschnitt aus einer menschenleeren Straße der Nachbarschaft vorführend, zeigt uns einen Schutzmann, der eine streikende Arbeiterin, eine sympathische, den anständigsten Eindruck machende junge, gutgekleidete weibliche Gestalt, zur Wache bringt, weil sie ebenfalls für ein bedrohliches Verkehrs- und Ordnungshindernis angesehen wird. So schrieb eine bürgerliche Zeitung und veröffentlichte die Photographien als Dokumente polizeilicher Fürsorge für die Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs. Aus Köln wurde gemeldet: Die Polizei behandelt die an der Herbrandtschen Waggonfabrik in Ehrenfeld aufgestellten Streikposten genau so, wie vor mehreren Wochen die Bauarbeiter am Deutschen Ring. „Mittwoch nachmittag gegen 2 Uhr wurde der Holzarbeiter Brand, Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes, von der Straße weg verhaftet und, trotzdem der Mann nicht den geringsten Widerstand leistete, sogar an die Kette genommen. Gegen 6 Uhr wurde ein Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Ludwig David, ebenfalls verhaftet. Es muß hier bemerkt werden, daß die Leute in keiner Weise der Polizei Gelegenheit gaben, einzuschreiten. Von einem Zusammenstoß oder einer Störung des öffentlichen Verkehrs kann absolut nicht die Rede sein. Außerdem sind die beiden Personen allgemein als ruhig und nüchtern bekannt. Der für diese Verhaftung verantwortliche Polizeikommissar hat ganz einfach erklärt: „Ich dulde keine Streikposten!“ Und damit basta!

Sollen wir noch mehr Beispiele anführen? Man sollte meinen, daß die angeführten genügen. Charakteristisch ist noch, daß diese selbe Polizei, die die streikenden Arbeiter wahrlich nicht mit Glacéhandschuhen anfäßt, selbst sehr zartfühlend ist und gegen jedes kritisierende Wort scharf vorgeht. So wurde ein Strafantrag gestellt gegen die „Norddeutsche Volksstimme“ in Westfalen, weil sie unter der Stichmarke: „Ein Reinfall der Polizei“ über einen — Reinfall der Polizei berichtet hatte. Die Staatsanwaltschaft legte sich für diesen Strafantrag scharf ins Zeug, doch lehnte das Landgericht in Bremen die Eröffnung des Strafverfahrens ab. Denn — so heißt es in der Begründung — die Öffentlichkeit hat ein hervorragendes Interesse daran, daß die Polizeiorgane, insbesondere gegenüber der Freiheit der Person, ihre Machtbefugnisse nicht überschreiten, und daß sie zur Erreichung dieses Zweckes über deren Umfang gehörig instruiert seien. Wo an maßgebenden Orten Meinungsverschiedenheiten über diesen Umfang hervorgerufen sind, hat die Tagespresse zweifellos das Recht, darüber zu berichten und zur Belehrung des Publikums über diesen es eng berührenden Gegenstand beizutragen. Haben sich auf diesem Gebiet Mißstände ergeben, so hat die Tagespresse das Recht und sich zur erlaubten Aufgabe gestellt, darauf hinzuweisen, die Vorkommnisse als Mißstände zu rügen, das Interesse der Leser dafür zu erwecken und die Mißstände zu bekämpfen. . . . Unter diesen Umständen kann in den Worten: „Ein Reinfall der Polizei“ eine Beleidigung nicht gefunden werden. Es ist nicht zu verkennen, daß der Ausgang des Strafprozesses ein für die Polizei beschämender war, insofern er nicht nur nicht zur Verurteilung des Angeklagten Gosewisch führte, sondern ihr auch noch

die gerichtliche Mißbilligung des Verhaltens des Schutzmannes und der ihm gegebenen Instruktion eintrug. Für einen solchen ärgerlichen, beschämenden Ausgang ist der Ausdruck „Reinfall“ in der Sprechweise des gewöhnlichen Lebens und namentlich der Volksklassen, aus denen sich der Leserkreis des Blattes zusammensetzt, nicht ungewöhnlich und nicht ungebührlich, wie man denn bei der Besprechung von Zivilprozessen sehr oft den Ausdruck „reinfallen“ gleichbedeutend mit „den Rechtsstreit verlieren“ gebrauchen hört. Man kann vielleicht sagen, daß einige Schadenfreude in der Wahl des Ausdrucks zu liegen scheint, eine Beleidigung liegt in seinem Gebrauch nicht.

Diesen treffenden Worten entsprechend haben wir das Verhalten des Klassenstaats gegenüber dem Proletariat beleuchtet und kritisiert, wobei wir uns allerdings nicht der Hoffnung hingeben, daß es etwas nützen wird. Der heutige Staat wird noch manchen „Reinfall“ erleben müssen, ehe der Grundsatz: „Gleiches Recht für alle!“ zur Wahrheit werden wird.

Die Bewegung in den Treppengeländerfabriken Berlins und der Vororte.

Eine geraume Zeit ist verfloßen, daß die Berliner Drechsler den Raum der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Anspruch nahmen. Die Ursachen dazu liegen für jeden Sehenden an der Oberfläche. Durch die schlechte Konjunktur auf der einen, durch den modernen Stil auf der anderen Seite ist es fast ganz ausgeschlossen gewesen, für die Allgemeinheit der Drechsler Berlins nennenswerte Vorteile herauszuschlagen. Abgesehen von einzelnen Plänkeln herrschte auf der ganzen Linie Waffenstillstand. Hierzu kam der die gesamte Holzindustrie in Anspruch nehmende Riesenkampf im Tischlergewerbe, der auch in einzelnen Betrieben Drechsler in Mitleidenschaft zog. Aus allen diesen Gründen konnte die Branchenkommission nur einzig der Agitation für den Verband obliegen.

Anderer jedoch gestaltete sich die Situation in den Bauwerkstätten. Bauwerkstätten ist eigentlich nicht mehr die richtige Bezeichnung für diese Betriebe, die fast alle, mit wenig Ausnahmen, in den letzten Jahren sich zu Fabrikbetrieben ausgewachsen haben. Also wie gesagt, in diesen Betrieben war zu beobachten, daß sich dieselben etwas durchaus guten Geschäftsganges zu erfreuen hatten. Bekannt ist ja, daß die gesamte Bauindustrie sich in aufsteigender Konjunktur befindet. Aus dieser Erkenntnis heraus lag auch nichts näher, als hier ein scharfes Augenmerk auf diese oben genannten Betriebe zu haben. Zu diesem Zwecke wurde der bestehende Kommission eine neue angeklebt, deren Mitglieder sich aus den Branchen rekrutierten, die in den Treppengeländerfabriken nicht bloß vertreten sind, sondern in den meisten Betrieben die Überzahl der Beschäftigten bilden. Zu diesen rechnen in erster Linie die Stellmacher. Die nun so vervollständigte Kommission arbeitete insofern mit gutem Erfolge, als die Agitation für den Verband durch die eigenen Branchenkollegen besser als bisher sich bewertigen ließ. Dies letztere war um so mehr notwendig, als ein schon im Vorjahre beabsichtigtes Vorgehen nur durch die schlechten Organisationsverhältnisse verhindert worden war.

Dies damalige Fehlschlagen der Hoffnungen auf Verbesserung der Lage der Kollegen hielt jedoch die Kommission nicht ab, wieder und immer wieder mit den Werkstätten Sitzungen abzuhalten und in diesen die Verhältnisse festzustellen, die einzelnen lauen Kollegen für den Verband zu gewinnen. Die Stimmung in den größeren Betrieben ging dahin, daß für die Verbesserung der Branche etwas geschehen mußte. Schon deshalb, weil mehreremal die gute Konjunktur vorübergegangen war, ohne dieselbe auszunützen. Die Befürchtung wurde laut, daß wir schließlich damit rechnen könnten, daß im kommenden Jahre die Baukonjunktur nachlassen werde. Ein Umstand, der nicht unbegründet ist.

Aus diesen Gründen faßte die Kommission den Entschluß, in diesem Frühjahr die Geschäftslage auszunützen. In den Sitzungen, die nun zu diesem Zwecke abgehalten wurden, konnte festgestellt werden, daß die Organisation an Ausdehnung gewonnen hatte, in den meisten Betrieben sogar eine gute zu nennen war. Überall, auch beim kleinsten Krantzer, deren es ja nicht mehr viele gibt, wurde erklärt, daß tüchtig zu tun sei. Die Befehung der Werkstätten ließ auch darin keinen Zweifel aufkommen. Während früher manchmal wochenlang die Betriebe fast ruhten, wurde dieses Mal mit wenig Ausnahmen durchgearbeitet. Hier und da kamen ja nach Ablauf der Saison Entlassungen vor, aber nicht in dem Maße wie früher. Maßgebend war wohl die Tatsache, daß die Kollegen nicht mehr so reichlich als sonst überstunden gemacht hatten, deshalb in der sogenannten stillen Zeit noch Arbeit hatten.

Bei dieser Gelegenheit sei zu erwähnen, daß im Vorjahre die Berliner Zahlstelle die Meister in der Treppenbranche durch Zirkular benachrichtigte, daß jedem Kollegen die Überstunden verboten sind, daß auf dem Arbeitsnachweis des Verbandes Arbeitskräfte in jeder gewünschten Zahl vorhanden seien. Der Erfolg war ein sichtlich; in vielen Werkstätten wurden Überstunden strikte verweigert, in anderen erst geleistet, nachdem die Werkstätten gewissermaßen überfüllt waren. Wie gesagt, die Verweigerung der Überstunden gab der Kommission die Überzeugung, daß man sich auf die Kollegen mehr als bisher verlassen durfte.

Die Vorarbeiten für die Bewegung begannen, und zwar so, daß wir mit den einzelnen beschäftigten Branchen Zusammenkünfte, Sitzungen und Versammlungen abhielten. Das so gewonnene Material wurde gesammelt und der Kommission zur Nachprüfung überwiesen, und zwar zu dem Zwecke, endgültige Vorschläge von Seiten der Kommission zu erhalten. Die Bildhauer, welche meistens im Zentralverband der Bildhauer organisiert sind, wurden ebenfalls mit zur Bewegung herangezogen.

Nachdem alle diese Vorarbeiten erledigt waren, wurden in einer am 29. Januar stattgefundenen gut besuchten Versammlung, in der sämtliche Branchen vertreten waren, die Vorschläge der Kommission entgegengenommen und durchaus für richtig befunden. In der Versammlung wurde festgestellt, daß zirka 300 Kollegen, die in 29 Werkstätten be-

schäftigt sind, folgende Grundforderungen in ihren Betrieben einführen wollen.

1. Die Arbeitszeit beträgt 52 Wochenstunden; Überstunden sind strikte zu verweigern.
2. Der Mindestlohn beträgt pro Stunde 55 Pfennig, das heißt die Woche 28.60 Mark; dieser Lohn ist an jeden gelernten Arbeiter zu zahlen, der noch nicht in der Treppengeländerbranche gearbeitet hat. Alle anderen gelernten Arbeiter haben, entsprechend ihrer Fähigkeit, höhere Löhne zu verlangen. Die zurzeit bezahlten Löhne sind um 10 Prozent zu erhöhen.
3. Jeder auf dem Bau beschäftigte Arbeiter erhält pro Tag 1 Mark mehr, als der in der Werkstatt erzielte Verdienst beträgt.
4. Bei Lohnarbeit muß am Jahrtag der volle Lohn ausbezahlt werden. Bei Akkordarbeit unterliegt die Höhe des zu zahlenden Kostgeldes der Vereinbarung.
5. Bei Arbeiten, die außerhalb der Werkstatt zu leisten sind, müssen sämtliche dadurch entstehenden Fahrgehälter vergütet werden. Alle anderen Spesen, die durch außerhalb arbeiten entstehen, unterliegen der Vereinbarung.
6. Bei Akkordarbeit muß das Holz an die Bank geliefert werden. Ein Akkord auf Bau beginnt erst dann, wenn sämtliches Material an Ort und Stelle ist. Alle Nebenarbeiten, als Aufladen, Holztragen, Zuschneiden, Ausspänen usw., sind in Lohn zu bezahlen.
7. Für gebetzte Traillen muß ein entsprechend höherer Preis bezahlt werden, als für dieselben Traillen in Naturfarbe.
8. Werkzeug und sämtliches zur Herstellung der Arbeit notwendige Material hat der Arbeitgeber zu liefern. Ebenso darf für Betriebskraft ein Abzug vom Verdienst nicht stattfinden.

Vorstehende Sätze bilden die Grundforderungen. Überall dort, wo jedoch höhere Löhne und bessere Bedingungen vorhanden sind, müssen dieselben bestehen bleiben. Jeder vom Arbeitgeber gemachte Versuch, die Verhältnisse zu verschlechtern, muß sofort der Organisation gemeldet werden.

NB. Für Akkordarbeiten ist in jeder Werkstatt ein Tarif sichtbar anzuhängen, dessen Anerkennung von Seiten des Arbeitgebers durch Namensunterschrift zu beglaubigen ist.

Von Seiten des Maschinenarbeiterverbandes sowohl als auch durch den Vertreter des Bildhauerverbandes wurde die Erklärung abgegeben, daß bei einem eventuellen Streik die in diesen Verbänden organisierten Kollegen volle Unterstützung finden werden. Auch die Ortsverwaltung der Reichshauptstadt Berlin unseres Verbandes hat sich einstimmig für ein Vorgehen der Branche erklärt.

Hoffen wir, daß es uns gelingen wird, diesmal die Forderungen durchzubringen. Zu diesem Zwecke ist es aber notwendig, daß der Zugang nach Berlin unterbleiben muß. Handeln alle Kollegen danach und unterstützen uns durch Fernbleiben, so wird es möglich sein, in kurzer Zeit auf Erfolge blicken zu können.

Lohnbewegung der Stockarbeiter in Bürgel.

Bürgel, das freundliche Städtchen in Thüringen, wird immer mehr der Sitz der Stockindustrie. Nahezu 200 Arbeiter sind in zum Teil blühenden Geschäften der Stockbranche beschäftigt. Aber auch die Organisation hat stetige Fortschritte gemacht, das dürfen wir sagen, ohne befürchten zu müssen, an das Sprichwort vom Eigenlob erinnert zu werden. Dem Einfluß der Organisation — das wird auch von Arbeitgebern zugegeben — ist es zu danken, daß leidlich geordnete Verhältnisse am Orte bestehen, wenn natürlich auch noch mancherlei zu bessern ist. Jetzt ist ein weiterer Schritt in der Richtung erfolgt.

Die Ortsverwaltung unseres Verbandes wurde beauftragt, den Arbeitgebern die Forderung des neunstündigen Arbeitstages zu unterbreiten. Und zwar sollte am 1. April 1906 die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt werden, während die zweite halbe Stunde zum 1. April 1907 gefordert wurde. Sonnabends sollte eine Stunde früher Feierabend sein und Lohnarbeiter sollten natürlich in der verkürzten Arbeitszeit denselben Lohn erhalten, wie früher in der zehnstündigen Arbeitszeit. Den Arbeitgebern war bis zum 1. Februar Bedenkzeit gewährt. Die Antwort gestand die 9 1/2 stündige Arbeitszeit für 1. April 1906 zu, verhielt sich aber den übrigen Forderungen gegenüber ablehnend, außerdem legten die Herren eine hanebüchene Fabrikordnung vor.

Auf Veranlassung des Gauvorstandes wurden die Arbeitgeber zu gemeinsamer Beratung mit der Ortsverwaltung und Vertrauensleuten eingeladen, und war das Resultat der am 4. Februar stattgefundenen Verhandlung, daß die Arbeitgeber die Forderungen für 1906 in vollem Umfang bewilligten; sie erklärten aber, für 1907 sich nicht binden zu können. Das sahen auch die Arbeiter ein. Es ist ja gar nicht ausgeschlossen, daß 1907 so günstige Verhältnisse vorhanden sind, daß noch viel weitergehendere Forderungen gestellt werden können. So kam denn in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn eine Vereinbarung zustande, die am folgenden Tage die Zustimmung einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung fand.

Ganz entschiedenen Widerspruch fand aber die vorgelegte Fabrikordnung. Unter keinen Umständen wollen sich die Arbeiter die in der Vorlage vorgesehenen Entlassungsregeln und die rigorosen Strafbestimmungen aufdrängen lassen. Auch ein nur mittelmaßiger Sünder würde so in den zahlreichen Fingerringen der Fabrikordnung hängen bleiben, daß ein erheblicher Teil des Arbeitsverdienstes dabei stören ginge. Über diese Frage ist also überhaupt nur zu reden, wenn die Arbeitgeber dabei zugleich eine entsprechende Lohnerhöhung gewähren. Die Herren Arbeitgeber werden sich das noch einmal überlegen, und sie werden dabei hoffentlich zu dem Schlusse kommen, daß für die Mehrzahl derselben eine Fabrikordnung gar nicht nötig ist, und daß sie nur für einen Herrn, der sich in besonderer Scharfmacherei gefällt, die Kasanien aus dem Feuer holen. Die Bürgeler Stockmacher haben mit dem bisherigen Resultat einen schönen Erfolg errungen, der um so größer ist, als er ohne Ausstand, ohne Opfer errungen werden konnte. Sie müssen aber nicht vergessen, daß es viel schwerer ist, das Errungene dauernd zu behaupten. Dazu gehört stetige und fleißige Arbeit an der Organisation. Nur durch den

Verband ist die 9 1/2 stündige Arbeitszeit errungen und nur der Ausbau der Verbandseinrichtungen garantiert für die Zukunft die gleichen Erfolge.

Einiges über die Lage der Maschinenarbeiter.

Die statistischen Erhebungen, welche veranstaltet worden sind von der Sektion der Maschinenarbeiter Stuttgarts, gewähren uns einen guten Einblick in die Verhältnisse der Maschinenarbeiter in bezug auf Unfallgefahr, die sanitären Verhältnisse in den Maschinenräumen, Arbeitszeit und Lohnhöhe. An der Statistik beteiligt haben sich 284 Kollegen. Von diesen sind im Zeitraum von 11 Monaten, 1. Februar bis 31. Dezember, 86 gleich 12 1/2 Prozent an den Maschinen verunglückt. Davon entfallen auf Fräsmaschine 12, Kreissäge 9, Wrichtmaschine 8, Bandsäge 5 und Schlitze 2 Anfälle. Hierbei sei noch bemerkt, daß eine große Anzahl leichter Verletzungen nicht berichtet wurden. Von den verunglückten Kollegen konnten zwei nach Verbinden der Wunde die Arbeit wieder fortsetzen, während auf die übrigen eine Krankheitsdauer von 1405 Tagen entfällt, im Einzelfalle von 4 Tagen bis 25 Wochen. Drei der Betroffenen sind so schwer verunglückt, daß sie nicht mehr in ihrem Beruf weiterarbeiten können. 25 der verunglückten Kollegen haben schon früher Anfälle erlitten; drei davon bezogen Unfallrente.

In den Betrieben, in welchen sich die Unfälle ereigneten, waren die Betroffenen von 4 Wochen bis zu 25 Jahren beschäftigt und standen im Alter von 18 bis 60 Jahren. Diese letzteren Angaben beweisen deutlich, daß nicht etwa Ungeschicklichkeit die Ursache der Unfälle ist, sondern daß auch der gewandteste Maschinenarbeiter keinen Tag sicher ist, seine gesunden Glieder zu behalten. Die Unfälle verteilen sich auf die einzelnen Wochentage wie folgt: Montag 4, Dienstag 9, Mittwoch 7, Donnerstag 4, Freitag 7, Samstag 3. Bei 2 fehlt die Angabe.

Diese Tatsachen beweisen zur Genüge, daß der von den Unternehmern häufig gebrauchte Einwand, die Unfälle sind zurückzuführen auf den nach durchjubeltem Sonntag sich einstellenden Jammer, vollständig absurd ist. Gehen wir der wahren Ursache dieser vielen Unglücksfälle auf den Grund, so finden wir, daß sehr häufig dem Unternehmer die indirekte Schuld zufällt, denn in der Hauptsache werden als mitwirkende Umstände angegeben, daß der Maschinenarbeiter vielfach mehrere Maschinen bedienen muß und so von der einen zur anderen geht die erforderliche Ruhe und Besonnenheit verliert. Des weiteren mangelnde Schutzvorrichtungen, wurde doch aus 12 Betrieben über nicht genügende, unpraktische oder überhaupt nicht verwendbare Schutzvorrichtungen berichtet. Viele Unfälle sind auch auf die ungenügenden Raum- und Sichtverhältnisse zurückzuführen. Die Sparlichkeit mehrerer Unternehmer geht so weit, daß diese trotz strenger Anweisung in den Unfallverhütungsvorschriften die Treibriemen nicht mit Einfriedigung versehen, wodurch die Arbeiter der ständigen Gefahr, von diesen erfaßt zu werden, ausgesetzt sind. Die größte Gefahr für den Maschinenarbeiter liegt aber in dem ständigen Antreiben, um die Arbeit möglichst schnell fertig zu bringen. Ganz besonders gilt dieses für die Kundengeschäfte. Aus einem solchen sind uns in ganz kurzer Zeit 5 Unfälle berichtet worden, dabei sei noch bemerkt, daß daselbst nur 5 Kollegen beschäftigt sind.

Ein betrübendes Bild entrollt uns die Beantwortung der Frage nach der Heizung in den Maschinenräumen. Von 65 in Betracht kommenden Betrieben wird aus 11 mitgeteilt, daß keinerlei Heizung vorhanden ist, aus den übrigen wird fast allgemein über ungenügende Heizung berichtet. Trägt hier nicht der Unternehmer die Schuld, wenn der Arbeiter infolge seiner erkalteten Finger verunglückt? Selbst das Entfernen von Spänen und Holzabfällen wird in den wenigsten Betrieben regelmäßig besorgt, obwohl sich dieses leicht bewerkstelligen läßt und manche Gefahr für den Arbeiter damit beseitigt wäre. Wir haben hier eine beträchtliche Anzahl Unternehmern, die wohl die Unfallverhütungsvorschriften aushängen, die Einhaltung derselben aber unmöglich machen. Wie harmonisiert zum Beispiel die in allen Maschinenräumen ausgehängte Warnung: „Jedem für die Maschine nicht besonders bestimmten und nicht angeleiteten Arbeiter ist die Berührung derselben bei Strafe verboten,“ überein mit der Tatsache, daß in 15 maschinellen Betrieben gar keine Maschinenarbeiter beschäftigt werden und jeder Schreiner, ob er nun die Maschine versteht oder nicht, eben gezwungen ist, seine Arbeit daran selbst zu verrichten? Mit größter Deutlichkeit zeigen die angeführten Gründe darauf hin, daß bei einigem guten Willen der Unternehmer die Unfallgefahr zwar nicht beseitigt, aber doch gewaltig vermindert würde. Doch an diesem Willen fehlt es, das geht auch daraus hervor, daß nicht einmal in allen Fabriken Verbandszeug zur ersten Hilfeleistung vorhanden ist.

In hygienischer Beziehung ist der Maschinenarbeiter unter unseren Kollegen wohl am schlimmsten daran. Die Maschinenräume befinden sich oft im Souterrain und sind dunkle niedere Räume. Zu dem ohrenbetäubenden Getöse der Maschinen gesellen sich noch den ganzen Tag fast ununterbrochene Staubwolken, dabei ist fast nirgends für genügende Ventilation Sorge getragen, denn von 65 Betrieben konnten nur 8 vom Vorhandensein mechanischer Staubabsaugungen berichten. Der Fußboden ist in den meisten Fällen aus Zement. Das ruhige Stehen auf diesem kalten Boden, verbunden mit dem von den Maschinen ständig erzeugten Wind bilden eine große Gefahr für Erkrankung der Arbeiter.

Aus verschiedenen Betrieben wird Klage geführt über mangelnde Waschgelegenheit und in 12 Fällen ist nicht Geleghenheit geboten, die Kleider in staubfreiem Raum auszuhängen, sondern zu diesem Zwecke müssen im Maschinenraum angebrachte Haken dienen.

Die Arbeitszeit beträgt für 145 Kollegen 9 Stunden. Der Lohn schwankt hier zwischen 35 bis 66 Pfennig pro Stunde, Durchschnitt 46,68 Pfennig pro Stunde oder 4,20 Mark pro Tag. Für 71 Kollegen beträgt die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden bei einem Durchschnittslohn von 36,88 Pfennig oder einem Tagelohn von 3,50 Mark. Der höchste Lohn ist hier 56 Pfennig, der niedrigste 32 Pfennig pro Stunde. 21 Kollegen haben noch 10stündige Arbeitszeit. Für diese ist der Durchschnittslohn 39,6 Pfennig oder 3,96 Mark pro Tag. Der höchste Stundenlohn beträgt hier

49 Pfennig, der niedrigste 27 Pfennig. Der allgemeine Durchschnittsverdienst ist 3,88 Mark. An der Lohnfrage nicht beteiligt haben sich 47 Kollegen.

Ein betrübendes Bild entrollt uns diese Statistik. Auf der einen Seite finden wir die gefährlichen, gesundheitsgefährdenden Arbeitsverhältnisse, denen auf der anderen Seite eine äußerst geringe Entlohnung gegenübersteht, denn bei den Stuttgarter Verhältnissen ist es nicht möglich, mit 3,88 Mark eine Familie anständig zu ernähren. Es ist deshalb an der Zeit, daß die Maschinenarbeiter sich endlich klar werden über ihre Lage und den geeigneten Weg zur Hebung derselben beschreiten. Dieser liegt im gemeinsamen Anschluß an die Organisation. Wenn wir die große Mehrzahl der Kollegen im Holzarbeiterverband vereinigt haben, wird es ein leichtes sein, die Lage der Maschinenarbeiter zu heben. Befolge deshalb jeder in seinem eigensten Interesse den Ruf: „Gemein in die Organisation,“ und es wird und muß vorwärts gehen.

Soziales.

Im Reichstag

Ist es wiederum, und zwar bei der zweiten Lesung des Etats des Reichsamtes des Innern, zu einer lebhaften Erörterung des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet gekommen. Den äußeren Anlaß dazu boten die zu diesem Etat eingebrachten Resolutionen Auer (Soz.), Gothein (Fr. Vg.) und Heyl v. Herrnsheim (nat.-lib.) zum Bergrecht.

Der Antrag Auer fordert den Reichstagler auf, dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über:

1. Festsetzung der Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt, mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer an nassen sowie heißen Orten mit über 28 Grad Celsius, Verbot der Sonntags- und Überschichten, mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schachtreparaturen.
2. Lohnzuschlag für Schachtreparaturen an Sonn- und Feiertagen.
3. Beseitigung des Wagennullens. Bezahlung der wirklich geleisteten Kohle. Sicherung der Wagen nach Raum- oder Gewichtsinhalt.
4. Wahl und Befolgung von Wagenkontrollleuten beziehungsweise Wagemessern durch die Belegschaft.
5. Regelung der Lohnzahlung; kostenlose Lieferung des Schiefmaterialials und des Beleuchtungs durch die Belegschaft.
6. Errichtung von Arbeiterausschüssen zur Erörterung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafgesetzwesens und zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen.
7. Wahl von Grubenkontrollleuten durch die Belegschaft.
8. Regelung des Mietrechtes für die den Belegschaftern gehörenden Arbeiterwohnungen.

Auch der Antrag Gothein will eine sofortige Ergänzung der Gewerbeordnung im Interesse der Bergarbeiter. Er macht insbesondere formulierte Vorschläge zur Regelung der Kündigungsfrist für das Arbeitsverhältnis und die Arbeiterwohnungen, über das Verbot des Nullens und über die Einführung von Arbeiterausschüssen.

Schließlich soll die Befugnis des Bundesrats, die Arbeitsdauer, den Beginn und Schluß der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben gesetzlich zu regeln, auch auf den Bergbau ausgedehnt werden. Der Antrag ist außer von freisinnigen Abgeordneten auch von Abgeordneten des Zentrums unterzeichnet. Eine Anzahl nationalliberaler Abgeordneter beantragt, die arbeitsstatistische Kommission zu beauftragen, tunlichst bald Untersuchungen über die Verhältnisse des deutschen Bergbaus anzustellen durch Vernehmung von Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, sowie durch Einziehung sonstiger geeigneter Informationen zum Zwecke der Vorbereitung etwaiger reichsgesetzlicher Maßnahmen.

Der Antrag Auer wurde begründet vom Abgeordneten Sacke, dem Vorsitzenden des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Die preussische Regierung hat nämlich zur Hebung der Mißstände im Bergbau, welche zu dem großen Ruhrbergarbeiterstreik die Veranlassung gegeben haben, eine Berggesetznovelle „in Aussicht gestellt“. Die Bergarbeiter haben diese Ankündigung ziemlich skeptisch aufgenommen. Einmal hegen sie gegen alles, was von der preussischen Regierung kommt, ein durch jahrzehntelange üble Erfahrung begründetes, großes Mißtrauen. Dann haben sie allen Grund zu der Annahme, daß selbst eine ihren Wünschen entsprechende Berggesetznovelle von dem preussischen Abgeordnetenhaus, dem Dreiklassenparlament, doch so verschlechtert werden würde, daß sie für die Arbeiter wertlos wäre. In der Ankündigung dieser preussischen Gesetzesvorlage erblickten die Bergarbeiter denn auch weiter nichts als ein offizielles Beruhigungsmittel, arrangiert zur Durchkreuzung der Bergarbeiterbewegung. Daß es das ist, hat denn auch die Reichstagsverhandlung am 1. und 3. Februar zur Genüge gezeigt. Auf die vorzügliche Rede des Abgeordneten Sacke, der die Ereignisse im Ruhrgebiet noch einmal erschöpfend würdigte und die Notwendigkeit eines durchgreifenden Bergarbeiterschutzes im Sinne des Antrags Auer klarlegte, antwortete die Regierung nur wieder mit allerlei „Zusicherungen“ und „Versprechungen“ auf die Zukunft. Bestimmte Erklärungen über die geplante Bergarbeiterschutznovelle wurden nicht abgegeben, so daß die Annahme, aus dem Bergarbeiterschutz werde schließlich ein Bergarbeiterertrag werden, sehr viel zu früh ist. Die Haltung der nationalliberalen und konservativen Parteien im Reichstag lassen zudem darüber keinen Zweifel aufkommen, daß in preussischen Abgeordnetenhaus eine Mehrheit für ein Bergarbeiterschutzes nicht zusammenzubringen ist. An dieser Tatsache wird durch die bergarbeiterfreundliche Haltung der linksstehenden und Mittelparteien nichts geändert. Den besten Verteidiger ihrer Interessen fanden die Bergarbeiter jedenfalls in der Person des Genossen Webel, dessen Rede wohl den Höhepunkt der Debatte bildete.

Nunmehr sind auch die neuen Handelsverträge dem Reichstag zugegangen. Graf Bilow, des Reiches Kanzler, hat sie da am 1. Februar höchstselbst begründet. Die parlamentarische Beratung der Handelsverträge, deren Annahme sicher ist, wird am Donnerstag dieser Woche beginnen.

Ärzte und Krankenkassen. Der Vorstand der Dresdener Ortskrankenkasse hatte die Absicht, eine Pensionseinrichtung für die bei der Kasse beschäftigten Ärzte einzuführen. Damit ist jedoch der ärztliche Bezirksverein nicht einverstanden. Derselbe beschloß eine Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Das Verhältnis der von den Ortskrankenkassen angestellten Ärzte zu dem Vorstand der Ortskrankenkasse ist ein Vertragsverhältnis, keineswegs ein Dienstverhältnis. Der Vertrag erfährt durch die von der Ortskrankenkasse beschlossene Pensionsgewährung eine wesentliche Abänderung. Die Ärzte, die diese Vertragsänderung annehmen, sind verpflichtet nach § 15 der Landesordnung, den abgeänderten Vertrag dem Bezirksverein zur gutachtlichen Ausprache vorzulegen. Wenn auch die Ortskrankenkasse die Befamntgabe dieser Vertragsänderung in die Form einer einfachen Mitteilung gekleidet hat, so ist jeder einzelne Arzt doch verpflichtet, innerhalb einer angemessenen Frist seine Stellung zu der Frage unambiguos zu erklären. Als eine angemessene Frist kann die Zeit bis zum 5. Februar 1905 bezeichnet werden. Die Annahme der von der Ortskrankenkasse beschlossenen Pensionsberechtigung der Ärzte widerspricht dem Interesse der gesamten Ärzteschaft. Die Ärzte haben Anspruch darauf, daß ihre Leistungen nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung bezahlt werden. Die Honorare der Ortskrankenkasse sind derartig, daß sie nur in vereinzelten Ausnahmefällen diese Mindestsätze erreichen. Der Grund, daß seitens der Ärzte beziehungsweise seitens der Landesvertretung die Bezahlung der Mindestsätze der Ortskrankenkasse nachgelassen wurde, ist darin zu sehen, daß ein gewisser Notstand der Kasse anerkannt wurde, der insbesondere auch zur Aufhebung gewisser früher den Familien der Mitglieder gewährten Vorteile (Arznei usw.) führte. Nachdem die Ortskrankenkasse die Pensionierung der Ärzte ins Auge gefaßt hat, muß eine wesentliche Besserung der finanziellen Lage der Kasse angenommen werden. Es ist demnach an der Zeit, daß die Kasse die Arzthonorare in angemessener Weise erhöht, so daß die Honorare der unteren Gehaltsgrenze wenigstens näherrücken.“

Wenn die in Betracht kommenden Ärzte auf eine Pension verzichten, so werden sich die Kassennmitglieder damit abfinden, denn Wohlstand soll man niemandem aufdrängen. Sollte jedoch die Ärztennung den Anspruch erheben, nach eigenem Gutdünken über das Vermögen der Krankenkasse zu verfügen, dann könnte es ihr passieren, daß sie sich recht böse die Finger verbrennen.

Zu Rußland hat sich die Revolution angemeldet. In allen größeren Städten und in den Industriezentren des gewaltigen Reiches kam es zu großen Unruhen, die oft genug sich zu Aufständen entwickelten. Immer wurden sie, wie es in Rußland nun einmal so des Landes Brauch ist, im Blute ertränkt. Eine wilde zarische Soldateska hat den Despotismus noch einmal geübt. In einem Blutmeer sind selbst die friedlichsten Demonstrationen der Arbeiter ertränkt worden. Wie lange es dem russischen Willkürregiment noch gelingen wird, sich zu behaupten?

Auch in diesen Kämpfen hatten die Arbeiter ganz die Führung, wie sie ja überall, wo für Brot und Freiheit gekämpft wird, an erster Stelle kämpfen. Mit ihrem Blute ist die Saat der Freiheit auch in Rußland gesät worden. Möge sie kräftig emporsprossen, zum Heile der russischen und der deutschen Arbeiter. Denn auch wir haben ein großes Interesse daran, daß das russische Willkürregiment fällt, daß freizeitliche Verhältnisse dort Platz greifen. Denn die russische Reaktion ist noch immer die stärkste Stütze der deutschen Reaktion gewesen, und die deutsche Freiheit ist unbesiegt, wenn sie sich auf die russische Freiheit stützen kann. Möge deshalb in „Osten“ bald die Freiheit liegen, das können auch wir uns wünschen. Jedenfalls stehen unsere Sympathien in diesem Kampfe um freiere Verhältnisse, um der Menschheit höchste Güter, ganz auf Seiten des russischen Proletariats.

Befamntmachungen des Tarifwesens.

Den nachbenannten Zahlstellen wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. Februar d. J. den angegebenen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben: Konstanz 5 Pfennig pro Woche, Wiesenthal 10 Pfennig pro Monat.

Die Einzelmitglieder, welche ihre Beiträge an die Hauptkasse einbringen, werden hierdurch daran erinnert, daß bis 1. April der Wochenbeitrag nicht 35 Pfennig, sondern 45 Pfennig beträgt. Wir bitten, bei Einbringung der Geldbeträge hierauf zu achten.

Auf wiederholte Anfragen geben wir hierdurch bekannt, daß wir von der Broschüre „Die Lage der Arbeiter in der Holzindustrie“ zur Gratisverteilung an die Mitglieder noch entsprechenden Vorrat haben, und sehen wir Bestellungen gern entgegen. Dabei erinnern wir jedoch daran, daß die Gratisexemplare nur an Zahlstellenmitglieder abgegeben werden dürfen. Nichtmitglieder sind in jedem Falle an den Buchhandel (Verlag: Dieck Nachf., Stuttgart. Preis 1,50 Mark) zu verweisen.

Um sowohl bei der Berufszählung der Mitglieder als auch bei der Zusammenstellung der Unterstützungsempfänger und allen sonstigen Statistiken eine größere Spezialisierung der Branchen, wie sie immer wieder aus den Mitgliederkreisen gewünscht worden ist, zu ermöglichen, ersuchen wir die Zahlstellenassistenten und sonstigen Funktionäre, fortan in allen Formularen (Mitgliedsbuch, Reiselegitimation, Arbeitslosen- und anderen Unterstützungsquittungen usw.) nicht mehr nur den Hauptberuf des Mitglieds (Zischler, Drechler usw.), sondern möglichst die Spezialbranche (Klaviermacher, Polierer, Stuhlbauer, Modellfischer, Stockarbeiter, Rammacher usw.) anzugeben.

Stuttgart, Adlerstraße 43.

Der Verbandsvorstand.

Befamntmachung der Gauvorstände.

Vorort Stettin. Von der Zahlstelle Stettin sind die Kollegen Grünher, Höpner und Klavieter, von der Zahlstelle Bredow der Kollege Deyke in den Gauvorstand gewählt. Alle für den Gau bestimmten Geldsendungen sind an den Gauassistenten R. Klavieter, Stettin, Bogislavstraße 17, zu schicken, während sämtliche Korrespondenzen an untenstehende Adresse zu richten sind.

R. Falkenberg, Stettin, Turnerstraße 84 II.

Korrespondenzen.

Mischerleben. Wir in Mischerleben haben alle Ursache, wieder ein Zeichen von uns zu geben, um die Kollegen zu erwecken. Es genügt nicht, dem Kassierer den Beitrag zu zahlen, wenn er Sonntags die Zeitung bringt. Einen recht schlechten Eindruck machte die am Sonnabend den 28. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung, welche trotz der wichtigen Tagesordnung sehr schlecht besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Festlegung eines Lohntariffs für die Bau- und Möbeltischler. Trotz der Wichtigkeit dieser Frage waren von den wenigen organisierten Kollegen nur ein Teil dem Rufe der Verwaltung gefolgt. Kollegen, wo soll das hinführen, wenn ihr so saumselig seid? Bedenkt, daß bei der soeben vollzogenen Reichstagswahl ein Tischlermeister aus Berlin kandidiert hat, welcher in letzter Zeit viel in unserem Organ genannt wurde. Herr Mahard, welcher unsere Kollegen in Berlin ausgesperrt hat, dürfte auch auf die hiesigen Tischlermeister ein wenig abgefärbt haben. Dabei haben die Bau- und Möbeltischler alle Ursache, einen Lohntariff aufzustellen, denn bei den heutigen Verhältnissen ist es nicht möglich, mit einem Stundenlohn von 25 bis 32 Pfennig zu existieren. Da sind denn Überstunden an der Tagesordnung, so daß statt der üblichen 9 1/4 stündigen Arbeitszeit 11 und 12 Stunden und noch länger gearbeitet wird. Die Kollegen dürfen nicht glauben, daß die Unternehmer von selbst kommen, um uns den Lohn zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen. Kollegen, besucht eure Mitgliederversammlungen, damit wir hier in Mischerleben auch einmal an eine Verbesserung denken können. Vergleichen wir unsere Zahlstelle mit dem Zustand im vergangenen Jahre, so muß man wohl sagen, daß sich manches gebessert hat. Unsere Agitation muß aber fortgesetzt werden, denn immer noch steht ein großer Teil der hiesigen Kollegen dem Verband fern. Es muß nun jedem organisierten Kollegen am Herzen liegen, die Versammlungen zu besuchen und wo er nur kann zu agitieren, denn durch die Agitation von Mund zu Mund können wir am besten zur Stärkung unserer Organisation und zur Verbesserung unserer Lage beitragen. Drum frisch ans Werk, Kollegen, verdoppelt wir unsere Mitgliederzahl!

Berlin. Im Laufe des vergangenen Jahres haben in einer ganzen Anzahl Betriebe der Stoßindustrie Berlins Differenzen geschwebt, welche zu einem Teil nur durch Streiks beigelegt werden konnten. Verschiedenartig war die billigere Heimarbeit die Ursache. Bei der Zelluloidwarenfabrik J. & S. Gembick war bei Verhandlungen in diesem Punkt schon drei- oder viermal das Versprechen gegeben, keine Arbeit zum Zusammenfahren mehr außer dem Hauße zu geben, ohne daß bisher Wort gehalten wurde. Am Sonnabend den 21. Januar wurde der Vertrauensmann entlassen. Als im Auftrag der Ortsverwaltung ein Branchenkommissionsmitglied vorstellte, erhielt er die Mitteilung, daß wiederum 10 Gros Kinderpapierstücke, welche im Betrieb zum Zusammenfahren früher 8,60 Mark gekostet hatten, einem Heimarbeiter für 1,50 Mark übergeben waren. Auf erfolgende Vorstellungen sollte am Nachmittag die Werksratkommission Bescheid erhalten. Bemerkte sei, daß die Zusammenfaher im Hauße nicht voll beschäftigt waren. Eine am Abend tagende Werksratung beschloß, die Rückholung der Arbeit zu verlangen, bei Verweigerung der Forderung die Arbeit einzustellen. Da diese Forderung an nächsten Morgen abgelehnt wurde, setzten sämtliche 23 Kollegen die Arbeit ein. Da dieser Betrieb der am schlechtesten zahlende ist, wurde gleichzeitig, da der Kampf doch ausgebrochen, ein Tarif eingereicht, welcher eine Aufbesserung der vielfach erbärmlichen Löhne vorsieht. Von Leipzig war es der Firma gelungen, vier Arbeitswillige heranzuziehen, die es aber gelang, wieder nach Leipzig zurückzuführen. Wir ersuchen die Kollegen dringend, während der Dauer des Streiks Berlin zu meiden, damit es uns gelingt, diesen Unternehmer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in seinem Betriebe zu zwingen.

Dresden. (Korbmacher.) In zwei Versammlungen, am 7. und 15. Januar, beschäftigten sich die Korbmacher mit ihrer Lage. Der Organisationsstand ist von 36 Kollegen im ersten Quartal auf 88 am Jahreschluß gestiegen. Zur Konferenz nach Magdeburg wurde Kollege Bexo gewählt. Die Korbmacher der umliegenden Zahlstellen werden ersucht, soweit sie nicht selbst Delegierte senden, mit besonderen Wünschen an unseren Delegierten sich zu wenden. Von Seiten der Versammlung wurden nachfolgende Anträge angenommen: Die Konferenz solle beschließen, den Hauptvorstand zu ersuchen, unter den Korbmachern eine besondere Agitation zu entfalten, und zwar durch Herausgabe eines Flugblattes, in dem besonders auf den Nutzen der Arbeitszeitverkürzung und den Wert der Lohnarbeit hingewiesen wird. Im Anschluß daran einige besonders für die Agitation unter den Korbmachern geeignete Leute zur Agitation in Gegenden, wo viel Korbmacher beschäftigt sind, zu senden. Das Hauptaugenmerk ist auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu richten. Ein anderer Antrag fordert, auch bei den Korbmachern das Kost- und Logiswesen abzuschaffen. Der Hauptvorstand soll beauftragt werden, zu diesem Zweck Anweisung an die Gau- und Zahlstellenverwaltungen ergehen zu lassen, wodurch diese verpflichtet werden, mehr als seither die Mißstände in unserem Gewerbe zu beobachten und für Abschaffung des Kost- und Logiswesens zu sorgen. Des weiteren soll unter den Korbmachern der Demijohnsbranche im Fürstentum Schaumburg-Lippe und Ninteln eine rege Agitation entfaltet werden, da von den in ganz Deutschland beschäftigten 8 bis 900 Demijohnflechttern 600 in diesem Bezirk ihr Domizil haben. Ferner wird der Hauptvorstand ersucht, bei Erhöhung der Beiträge durch Einführung von Staffelleistungen die Branchen mit

niederen Verdiensten zu entlasten. Ebenso sollen die Zahlstellen bei Einführung von hohen Lokalbeiträgen auf diese Branchen Rücksicht nehmen. Auch dieser Antrag wurde der Konferenz unterbreitet. Eine längere Debatte entspann sich über die Einführung des Einheitsmaßes. Der Korbmacherinnungstag hatte einem Einheitsmaß zugestimmt. Auf Grund dieses Einheitsmaßes wurde in Dresden ein Tarif geschaffen, gültig ab 1. Juli 1903. Der Innungstag hat aber diesem Einheitsmaß nicht endgültig zugestimmt und bezahlte die Dresdener Korbmachermeister den von ihnen unterschriebenen Tarif nicht, weil dieses Maß nicht für ganz Deutschland zur Einführung gekommen sei. Es wird vorläufig davon abgesehen, weiteren Beschluß darüber zu fassen, da die Innung den Vertrag als solchen nicht gekündigt hat. Angenommen wird ein Antrag, der den Geldeauschuss beauftragt, wegen dieser Sache bei der Innung zu interpellieren. Es soll dann in Kürze zur Antwort Stellung genommen werden.

Gustfischen. Hier machen in letzter Zeit die freien Gewerkschaften gute Fortschritte. Auch die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes hat durch fortgesetzte Agitation in letzter Zeit bedeutende Erfolge zu verzeichnen gehabt. Vor allem ist es die Bude von Jakob Schmitt, wo die Kollegen endlich einsehen lernen, daß nur durch eine gute Organisation eine Besserung ihrer Lebenslage herbeigeführt wird. Freilich, Herrn Schmitt scheint dies zu wurmen. Man läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne sich an den organisierten Kollegen zu reiben. Einem Kollegen wurde zum Beispiel gesagt: „Wenn Sie nicht aus dem Verband gehen, so müssen wir Sie entlassen.“ Ob Herr Schmitt wohl glaubt, durch solche Handlungsweise sei seinen Interessen gedient? Doch wohl sicherlich nicht. Hoffentlich lassen unsere Kollegen sich durch solche Schreckschüsse nicht ins Wockshorn jagen; sie müssen deswegen gerade um so mehr dafür Sorge tragen, daß auch der letzte Mann für die Organisation gewonnen wird. Die Zustände bei obiger Firma sind doch wahrhaftig miserabel genug. Nicht nur, daß bei günstiger Konjunktur zwölf ja sogar dreizehn bis vierzehn Stunden geschuftet wird für einen Hungerlohn, auch die Behandlungsweise seitens verschiedener Angestellten läßt viel zu wünschen übrig. Abhelfen kann hier nur die Organisation. Ihr Holzarbeiter von Gustfischen und Umgegend, wollt ihr eure Verhältnisse endlich mal in andere Bahnen lenken, so tretet Mann für Mann dem Deutschen Holzarbeiterverband bei. Sonntag den 12. Februar findet bei Herrn W. Schmitzler am Rathhaus eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt. Kollegen, seid alle zur Stelle! Keiner, aber auch kein einziger darf fehlen!

Hamburg-Altona. (Stellmacher.) In einer stark besuchten Sektionsversammlung am 21. Januar 1905 gab der Sektionsführer Kaminski den Jahresbericht. Nach demselben haben neun Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung stattgefunden. Ferner fanden fünf Werkstattversammlungen, zehn Delegiertenversammlungen und eine Sitzung der Lohnkommission. Der Sektionsführer ging dann noch näher auf unseren Streit ein; er kritisierte das Verhalten der Stellmacherinnung, welche unsere minimalen Forderungen so schroff ablehnte. Immerhin konnte konstatiert werden, daß der Durchschnittslohn, welcher vor dem Streit 41,9 Pfennig betrug, nach dem Streit auf 48 Pfennig gestiegen ist. Die Herren Innungsmeister haben aus diesem Streit gelernt, daß es doch schließlich für sie besser gewesen wäre, wenn sie mit den Gesellen gleich unterhandelt hätten, denn es war kein Vergütigen für sie, den halben Sommer hindurch jeden Abend bis zwölf Uhr zu arbeiten, weil es ihnen nicht gelungen war, Arbeitswillige in genügender Zahl heranzuziehen. Bei der von uns aufgenommenen Statistik wurde festgestellt, daß die Organisation Fortschritte gemacht hat. Ende 1903 betrug die Mitgliederzahl 177, Ende 1904 205. Hoffentlich werden die Kollegen einmal einsehen, daß sie Mann für Mann dem Holzarbeiterverband beitreten müssen, wenn sie günstigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen wollen. In einigen Wagenaufbauten ist der Verband gut vertreten, traurig sieht es aber bei der Firma Helmers aus. Dort sind 23 Kollegen beschäftigt, davon gehören nur drei dem Verband an. Aufzuzählen sind auch die Löhne recht miserabel, sie betragen 19, 20 und 21 Mark; 24 Mark ist schon viel, wenn das die älteren Kollegen verdienen. In diesem Beispiel ist zu sehen, daß dort, wo die Organisation schwach ist, die Löhne niedrig sind. Bei der Wahl des Sektionsführers wurde der Kollege Kaminski einstimmig wiedergewählt, als zweiter Sektionsführer wurde der Kollege Mischefski gewählt. Die Wahl des Schriftführers mußte auf nächste Versammlung verschoben werden.

Zum Schluß forderte Kaminski die Kollegen noch auf, immer fleißig die Versammlung zu besuchen und immer recht kräftig für den Verband zu agitieren, damit wir Stellmacher uns auch einmal mit den Tischlern gleichstellen können.

Herne. Im vorigen Jahre traten die hiesigen Schreiner in eine Lohnbewegung und wurden auch die hauptsächlichsten Forderungen ohne Streit bewilligt. Durch diesen Erfolg ermuntert, wollen nun auch die Kollegen in unserer Nachbarnstadt Recklinghausen in eine Lohnbewegung treten, was ja auch sehr notwendig ist, denn es besteht dort noch eine Arbeitszeit von elf Stunden täglich. Nun haben die Christlichen wohl eine Zahlstelle dafest, aber die Mitglieder vom Deutschen Holzarbeiterverband sind teils in Herne, verschiedene in Essen, Bochum usw. angemeldet. Im Interesse der Sache wäre es aber besser, wenn die Kollegen wenigstens sich alle einer Zahlstelle anschließen würden, um in der kommenden Lohnbewegung ein gutes Resultat zu erzielen. Möchten diese Zeilen dazu beitragen, daß sich die Einzelmitglieder in Recklinghausen der Zahlstelle Herne anschließen, wo ja auch die meisten jetzt schon angemeldet sind.

Riel. Viele unserer Kollegen aus dem Berufe der Modelttischler sind der Meinung, daß in Riel mit seinen großen Werken gute Arbeitsverhältnisse existieren, sind aber vielfach enttäuscht, wenn sie hier in Arbeit treten. Beträgt in der Bau- und Möbeltischler die Arbeitszeit 9 1/4 Stunden, so besteht für die Modelttischler die zehnstündige Arbeitszeit, das heißt auf dem Papier; in den meisten Betrieben ist es fast zur Regel geworden, daß eine oder anderthalb Überstunden gearbeitet werden müssen; dabei lassen die sanitären Verhältnisse vieles zu wünschen übrig; Ghaustoren an den Holzbearbeitungsmaschinen befinden sich nur in zwei Betrieben, während in den anderen der von den Arbeitsmaschinen erzeugte Staub in den Werk-

statten bleibt, so daß die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter recht ungünstig sind. Der Lohn schwankt zwischen 32 und 42 Pfennig pro Stunde, ist also gewiß ein niedriger zu nennen im Verhältnis zu den hohen Nahrungsmittelpreisen und Wohnungsmieten. In den meisten Werkstätten wird aber in Afford gearbeitet, und wenn hierbei ein höherer Verdienst erzielt wird, so ist das der größeren Anspannung der Kräfte, der intensivsten Arbeit zu danken; zudem muß man um den Preis häufig lange feilschen und handeln; Abzüge sind an der Tagesordnung. Im letzten Jahre ist hier eine Sektion der Modelltischler errichtet worden, welche bestrebt ist, die Mißstände zu beseitigen und für bessere Zustände zu sorgen. Den auswärtigen Kollegen ist zu raten, wenn sie einmal die Lust anwandeln sollte, in Kiel in Arbeit zu treten, erst bei der hiesigen Sozialverwaltung Erlaubigungen einzuholen. Vor zirka einem halben Jahre wurde von Berlin aus eine nähere Verbindung der Modelltischler angeregt, seitdem hört man aber hiervon nichts mehr, hoffentlich befinden sich aber nicht alle Kollegen im Winterschlaf, so daß auch in diesem Berufe durch die Organisation Vorteile erlangen werden können.

Leipzig. Die Modell- und Fabrikarbeiter hielten am 21. Januar im Restaurant „Sophienburg“, Lindenau, eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Merger in üblicher Weise geehrt. Kollege Gempel berichtete über die Tätigkeit der Sektionsleitung im vergangenen Jahre. Trotz dem guten Geschäftsgang habe die Zeitung ein arbeitsreiches Jahr zu verzeichnen; verschiedene Differenzen erforderten ein energisches Eingreifen. Man versuchte bei Scholz & Carius, den von auswärts kommenden Kollegen einen Stundenlohn von 38 und 40 Pfennig zu zahlen. Die Betroffenen wurden aufgeklärt, und durch Vorstelligwerden erlangten sie den Minimallohn. Die Kollegen bei Swidersky erlangten ohne Kampf die vor Jahren gemachten Abzüge zurück. Bei den Firmen Mansfeld & Bleichert glaubte man durch Maßregelung die Kollegen in der Agitation einzuschüchtern. Im ersten Falle verzichtete der Kollege auf Wiedereinstellung, weil dadurch ein gutes Arbeitsverhältnis nicht gezeitigt werden konnte, da durch Denunziation Indifferenter die Maßregelung erfolgte. Im zweiten Falle wurde der Kollege durch geschlossenes Vorgehen unserer Mitglieder wieder eingestellt. Im Berichtsjahr wurden 9 öffentliche und Mitgliederversammlungen (darunter 4 mit Vortrag), 22 Werkstättenversammlungen, 5 Delegierten- und 5 Sektionsitzungen abgehalten. Auch veranstaltete die Sektionsleitung eine statistische Erhebung, woran sich 80 Betriebe mit 214 Berufsmitgliedern beteiligten. Davon gehören 116 dem Holzarbeiterverband, 1 dem Zimmererverband, 1 dem Metallarbeiterverband und 6 dem Gewerksverein an, 90 stehen der Organisation noch fern. In 12 Betrieben sind 40 Werktage beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt in 5 Betrieben 9 Stunden, in 8 Betrieben 9 1/2, in 1 Betrieb 9 3/4 und in 16 Betrieben 10 Stunden; in 25 Betrieben wird nur in Lohn gearbeitet, in 5 Betrieben Lohn und Afford. In 18 Betrieben wird ein Mindestlohn pro Stunde von 30 bis 44 Pfennig, ein Höchstlohn von 45 bis 55 Pfennig gezahlt, in 6 Betrieben 45 bis 48 Pfennig, in 6 Betrieben 50 bis 55 Pfennig, bei Affordarbeit 50 bis 65 Pfennig. In 10 Betrieben wurden 2942 Überstunden gemacht, welche mit 10 bis 33 1/2 Prozent, bei 2 Stunden und darüber mit 50 Prozent vergütet wurden. Unfälle kamen zwei vor, eine Fingerwunde und eine Kopfverletzung, welche leichter Natur waren. Mit Maschinenbetrieb arbeiten 21, ohne solchen 9 Geschäfte. Der Bericht zeigt, wie traurig die Lohnverhältnisse in unserer Branche sind. Trotz dem guten Geschäftsgang im Berichtsjahr sind keine wesentlichen besseren Lohnverhältnisse zu verzeichnen, und tragen die Schuld an den Zuständen die Kollegen vielfach selbst, weil die Arbeit unter dem Minimallohn aufgenommen wird; die von auswärts kommenden Kollegen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, sich vor Eintritt in ein Arbeitsverhältnis in unserem Bureau zu erkundigen. Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn endlich mal eine allgemeine Aussprache, wie es seinerzeit von Berliner Kollegen angeregt wurde, herbeigeführt würde, damit derartige Mißstände, welche den Kollegen an Orte nur Schwierigkeiten um die Erhaltung ihrer erzwungenen Löhne bereiten, beseitigt werden könnten. Wenn auch der Besuchsbesuch im vergangenen Jahre teilweise nur ein guter, aber die Stärkung der Sektion eine befriedigende war, so haben wir doch Ursache, im neuen Jahre alle Kräfte einzusetzen. Ein jeder Kollege muß sich als Agitator betrachten; er muß für die von der Organisation vertretenen Grundsätze tätig sein und für die Gewinnung aller uns noch fernstehenden Kollegen Sorge tragen, um dadurch bessere Berufsverhältnisse herbeizuführen. Im Gewerkschaftlichen wurde noch beschloffen, die Versammlungen im Volkshaus abzuhalten, und bleibt es der Sektionsleitung überlassen, den passenden Tag zu bestimmen. Eine Werkstättenangelegenheit mußte der vorgeschrittenen Zeit halber vertagt werden. In die Sektionsleitung wurden wiedergewählt die Kollegen G. Gempel, erster Vorsitzender, Silinz, Gonystraße 5 II, W. Stange, Schriftführer. Kollege L. Heidenreich, zweiter Vorsitzender, wurde neu gewählt.

Lübeck. Um den in den letzten Jahren sich ständig mehrenden Unterstützungsgefahren bei Krankheitsfällen zu begegnen und den Mitgliedern nach dieser Richtung hin wirksamer als bisher, wo es nur möglich war, den Kollegen nach längerer Krankheitsdauer eine kleine Beihilfe zum Mitetermin zu gewähren, unterstützen zu können, ist die hiesige Zahlstelle, dem Beispiel der Zahlstelle Mannheim folgend, dazu übergegangen, für die Mitglieder mit dem 1. April 1904 eine Krankenunterstützungskasse ins Leben zu rufen. Die wichtigsten Bestimmungen des Statuts sind folgende: Zum Eintritt ist jedes erwerbsfähige Verbandsmitglied berechtigt. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfennig, der wöchentliche Beitrag 20 Pfennig. Die Krankenunterstützung beträgt 6 Mark pro Woche und wird nach 13 wöchiger Mitgliedschaft vom ersten Tage der Krankheit an und auf die Dauer von 52 Wochen gewährt. An die bei Gründung der Kasse beigetretenen Mitglieder wurde die Unterstützung schon nach sechswochiger Mitgliedschaft gewährt. Abreisenden Kollegen, welche ein Jahr zu der Kasse beigefeuert und Krankenunterstützung nicht bezogen haben, wird die Hälfte der im letzten Jahre gezahlten Beiträge zurückertattet. Da nun auch in anderen Zahlstellen Unterstützungsgefahren kranker Kollegen meistens nicht von der Tagesordnung verschwinden,

so dürfte es weite Kollegenkreise interessieren, über den Stand unserer Einrichtung Näheres zu erfahren, und seien deshalb einige Zahlen aus dem Jahresabschluss pro 1904, welcher der am 16. Januar stattgefundenen Versammlung der Kassenmitglieder vorgelegt wurde, hier angeführt. Eingetretene sind bei Gründung der Kasse 244, nachträglich 17, zusammen 261 Mitglieder. Abgereist und ausgeschieden 8, somit Mitgliederzahl am Jahresabschluss 253. Einnahme: Beitrittsgeld 130,50 Mark, an Beiträgen 1858,20 Mark, Summa 1988,70 Mark. Ausgabe: Einmalige Ausgabe bei Gründung der Kasse 154,65 Mark, Krankenunterstützung 868 Mark, Verwaltungskosten, persönliche und sachliche, 46,85 Mark, Summa der Ausgaben 1064,50 Mark. Somit Kassenbestand am Schlusse des Jahres 924,20 Mark. Rechnet man die Beiträge, welche abzüglich der Verwaltungskosten für Unterstützung verfügbar waren, auf die Zeit, für welche Unterstützung gezahlt worden ist, also 7 1/2 Monate, um, so ergibt sich, daß einer Einnahme von rund 1500 Mark an Beiträgen eine Ausgabe von 868 Mark an Unterstützung gegenübersteht, oder von 100 Mark an Beiträgen wurden gebraucht 57,53 Mark für Krankenunterstützung. Wenn nun auch damit gerechnet werden muß, daß das erste Quartal, wie bei Krankenkassen in der Regel, etwas ungünstiger abschließen wird, so berechtigt doch der Stand der Kasse zu der sicheren Hoffnung, daß in absehbarer Zeit die Leistungen erhöht werden können. Man war jedoch in der Versammlung allseitig der Ansicht, daß damit mindestens noch ein Jahr gewartet werden solle, damit die Kasse noch mehr gestärkt und erst eine auf längere Erfahrung basierende Übersicht vorhanden sei. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß der größte Teil der Mitglieder, soweit sie nicht schon in zwei Kassen versichert sind, im Laufe der Zeit sich unserer Unterstützungsstelle anschließen; sind sie es doch sich und ihrer Familie schuldig, dafür zu sorgen, daß in Krankheitsfällen die Not nicht an sie herantritt. Auch die ledigen Kollegen, welche denken, nur vorübergehend am Orte zu bleiben, sollten sich mehr als bisher der Kasse anschließen, und zwar in dem Bewußtsein, durch ihre Beitragsleistung zur Binderung der Kasse ihrer kranken Kollegen beitragen zu wollen, aber auch sie können in die Lage kommen, der Kasse zu bedürfen. Je mehr sich die Kollegen zur gegenseitigen Hilfeleistung verpflichtet fühlen, je mehr wird die Kasse im Interesse der Mitglieder wirken können.

Mannheim. Seit Dienstag den 28. Januar ist über das hiesige Parkettgeschäft Luginzland die Sperre verhängt. Bei dieser Firma, welche hauptsächlich ein sogenanntes Kundengeschäft ist, das heißt meist alte Böden abzuhobeln oder zu putzen hat, sind das ganze Jahr hindurch ein bis zwei Kollegen ständig beschäftigt. Ist nun einmal soviel Arbeit vorhanden, daß sie von diesen beiden Kollegen nicht rasch genug gemacht werden kann, so werden dieselben von Herrn Luginzland in der ganzen Stadt nach Feierabend herumgeschickt, um Leute aufzutreiben, welche sofort bereit sind, diesem Herrn aus der Klemme zu helfen. Hat jedoch Herr L. einmal eine größere Arbeit in Aussicht zu machen, dann sind ihm die hiesigen Parkettleger nicht gut genug; dann wird sofort nach Frankfurt a. M. geschrieben und von dort Arbeiter herbeigeholt, welchen dann die ganze Arbeit im Afford übertragen wird, und die hiesigen Kollegen, welche schon jahrelang bei Herrn L. beschäftigt, dürfen sodann denselben im Tagelohn helfen; denn nach Aussprache des Herrn L. können die hiesigen Kollegen nur nageln, und was darüber hinausgeht, bringen sie nicht fertig. Seitdem man nun erfahren, daß Herr L. in einem hiesigen Warenhaus zirka 500 Meter Asphaltboden zu machen hat, haben wir in unserer Sektion, wo die Kollegen zu 95 Prozent organisiert sind, zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Wir kamen überein, Herrn L. zu eruchen, diese Arbeit von hiesigen Kollegen, von denen zurzeit sehr viele arbeitslos sind, ausführen zu lassen, und ihn darauf hinzuweisen, daß es hier gerade so gute Asphaltleger gäbe wie in Frankfurt, denn auch die anderen Parkettgeschäfte am Platze lassen ihre Asphaltarbeiten von hiesigen Leuten verlegen. Herr L. gab zunächst zur Antwort, daß er sich darin keine Vorschrift machen ließe, versprach aber nichtschonweniger zwei Kollegen, sie bei dieser Arbeit zu berücksichtigen. Als es jedoch soweit war, daß die Arbeit in Angriff genommen werden konnte, ließ er sich trotzdem wieder Leger von Frankfurt kommen. Nun wurde in unserer Versammlung der Beschluß gefaßt, bei Herrn L. vorstellig zu werden und von ihm die schriftliche Erklärung zu verlangen, daß er für die Zukunft derartige Arbeiten von hiesigen Kollegen ausführen lasse. Sollte er diese Erklärung nicht abgeben, dann sei man gezwungen, über sein Geschäft die Sperre zu verhängen. Als nun die Kommission, welche hierzu beauftragt war, vorstellig werden wollte, ließ er sich das erstmal verleugnen, und das zweitemal erklärte er kurzweg, er habe mit niemand etwas zu unterhandeln. Also auch hier wurde von diesem Kleinmeister der prothige „Herr im Hause-Standardpunkt“ eingenommen. Uns blieb nun nichts anderes übrig, als dieses Geschäft zu sperren. Die beiden Kollegen von hier, welche da beschäftigt waren, hatten auch sofort die Arbeit niedergelegt; leider kam man das von den Frankfurter Kollegen nicht berichten, obwohl auch sie organisiert waren. Wir hoffen, daß sich die Frankfurter Kollegen mit dieser Angelegenheit noch näher beschäftigen und den betreffenden Kollegen den Kopf zurechtsetzen. Wir bitten die Parkettleger, den Bezug nach hier fernzuhalten.

Marfrankfurt. In der Korbmacherei von F. Schindler hier, versuchten im vorigen Jahr die Kollegen Koff und Logis beim Meister abzuschaffen. Es war jedoch unmöglich, mit Sch. über diese Frage zu verhandeln. Unsere Verbandskollegen reisten damals ab. Durch Verhängung der Sperre war es auch möglich, die Abschaffung von Koff und Logis auf eine Zeitlang durchzusetzen. In neuerer Zeit versucht nun Sch. dasselbe wieder einzuführen. Aus Unkenntnis der Sachlage war auch ein zugereister Kollege wieder auf dieses patriarchalische Arbeitsverhältnis eingegangen. Doch darüber aufgeklärt, wollte dieser auslogieren. Da wurde ihm bedeutet, daß auch das Arbeitsverhältnis als gelöst zu betrachten sei. Der Kollege zog es vor, lieber auf die Landstraße zu gehen, als noch länger die Verpflegung seines Arbeitgebers zu genießen. Die Witte darüber muß bei Herrn Schindler eine sehr große gewesen sein, denn als am nächsten Sonntag der betreffende Kollege früh halb neun Uhr noch schlief, wurde er geweckt. Als aber das ehrsame Meisterlein merkte, daß sein Gehilfe die väterliche

Fürsorge nicht beachtete, drang er in den Schlafraum ein und nahm ihm das Deckbett weg und versuchte ihn aus dem Bett zu werfen. Daß der Kollege mit Schimpfbrüsten der gemeinsten Art bedacht wurde, bedarf wohl kaum der Erwähnung. O goldene Zeit. — Bemerkte sei noch, daß in dieser Werkstätte die eifständige Tagesarbeit besteht und auch die Lohnverhältnisse noch viel zu wünschen übrig lassen. Die Korbmacher allerorts werden erucht, die Werkstätte des Herrn Schindler bis auf weiteres streng zu meiden.

Münsterberg. (Maschinenarbeiter.) Am Samstag den 21. Januar fand für unsere Sektion hier eine Mitgliederversammlung statt. In derselben wurde eine für Fräsmaschinen von Herrn Carstens hier neu konstruierte Schutzvorrichtung vorgezeigt. Dieselbe hat gegenüber allen anderen Schutzvorrichtungen den Vorteil, daß sie bei der Arbeit nicht hinderlich ist, dabei den größten Schutz bietet und sich mit wenigen Griffen in jede gewünschte Stellung bringen läßt. Herrn Carstens wurde auch von Seiten der Versammelten Anerkennung in betreff seiner Schutzvorrichtung ausgesprochen. Man sollte nun glauben, daß bei Bekanntgabe einer für sämtliche Maschinenarbeiter, für die Fräser aber besonders wichtigen Angelegenheit der Besuch ein äußerst zahlreicher gewesen wäre. Weit gefehlt, die Versammlung litt wie alle anderen an chronischen Übel des schwachen Besuches von Seiten der Mitglieder. Der Grund hierzu ist nicht bei den Verwaltungsmitgliedern zu suchen, im Gegenteil, die Verwaltung ist jederzeit bemüht, nur Sachen von Interesse für die Sektionsmitglieder in den Versammlungen auf die Tagesordnung zu setzen. Die Ursache des schwachen Besuches liegt vielmehr in der Interesslosigkeit von solchen Mitgliedern, welche allerlei Klimbimvereinen angehören und für ernsthafte Arbeit nicht zu haben sind. Aber auch die Schreinerkollegen, welche schon jahrelang an Maschinen arbeiten, haben noch den Dünkel in sich, daß sie als gelehrte Schreiner etwas Besseres seien als andere Maschinenarbeiter und halten es deshalb nicht für nötig, in unseren Sektionsversammlungen zu erscheinen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn die meisten der bisher gefaßten Beschlüsse, welche auf Verbesserung unserer Lage gerichtet waren, nicht ausgeführt werden konnten, da der hierzu nötige Rückhalt bei den Kollegen nicht zu finden ist. Von Außen wäre es, wenn alle gelehrten Schreiner, welche gezwungen sind, beständig an Maschinen zu arbeiten, ihren lächerlichen Rassenstolz ablegen und der für alle Maschinenarbeiter geltenden Aufforderung Folge leisten würden. Darum nochmals ihr Kollegen, die ihr dem Deutschen Holzarbeiterverband angehört, besucht, soweit es euch angeht, die Versammlungen der Maschinenarbeitersektion, damit wir beraten können, was wir zu tun haben, um unsere Lage zu bessern.

Reine. Unsere Mitgliederversammlung vom 28. Januar beschäftigte sich unter anderem mit den traurigen Verhältnissen in den hiesigen Drechslereien. Was die Garrenbergische Werkstätte anbetrifft, so scheint Herr Garrenberg, welcher selber früher Verbandsmitglied war, wenig von den Arbeiterbeschwerden begriffen zu haben. Wie uns die dortigen Kollegen versicherten, herrschen dort die denkbar traurigsten Zustände; hat es doch Herr Garrenberg fertig gebracht, unsere dort beschäftigten drei Kollegen gegen ihren Willen aus der Ortskrankenkasse abzumelden und sie in einer Privatkrankenasse anzumelden, natürlich nur, um die paar Pfennige, die er als Arbeitgeber in die Ortskrankenkasse zahlen müßte, zu sparen. Herr Garrenberg scheute sich auch nicht, den Kollegen für 14 Tage das Krankentassengeld abzuziehen, trotzdem sie in der Privatkrankenasse noch nicht aufgenommen waren, also keiner Krankenasse angehörten. Natürlich protestierten unsere Kollegen gegen dieses Annehmen, mußten dies aber mit ihrer Entlassung büßen. Das zu Unrecht abgezogene Krankentassengeld zahlte Herr Garrenberg schließlich zurück. Was den Lohn und die Arbeitsbedingungen anbetrifft, so können sie wohl nirgends schlechter angetroffen werden. Einen festen Lohnsatz gibt's überhaupt nicht, es wird nur in Afford gearbeitet. Ihre Lohnbücher kriegen die Kollegen nicht in die Finger, damit niemand die horrenden Löhne, die dort Sonnabends ausbezahlt werden, bewundern kann. Ähnlich wie bei Garrenberg sind die Zustände in den anderen Drechslereien hier am Orte. Deshalb ersuchen wir alle zureisenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Zweibrücken. Bei der Generalversammlung gab der Bevollmächtigte, Kollege D. Hufnagel, den Jahresbericht. Es wurden im letzten Jahre fünfzehn Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen abgehalten; ferner fanden vier Werkstätten- und sechs Vorstandsitzungen statt. Im Berichtsjahr war ein flauer Geschäftsgang, der Arbeitsverfälschungen und in manchen Werkstätten auch einen Rückgang des Lohnes zur Folge hatte, woran aber auch die Nachlässigkeit der hiesigen Kollegen schuld trug. Dieselben sehen trotz aller Bemühungen immer noch nicht ein, daß es notwendig ist, dem Verband beizutreten. Hoffentlich gelingt es uns in diesem Jahre, die rückständigen Kollegen in unsere Reihen zu bringen. Für die nächste Zeit ist eine Hausagitation vorgesehen und soll dieselbe energisch betrieben werden, denn wir wollen in diesem Jahre unsere Mitgliederzahl zum mindesten verdoppeln. Noch eine Mahnung müssen wir an die Kollegen richten: Laßt alle in letzter Zeit vorgekommenen persönlichen Streitigkeiten beiseite, denn es ist nichts häßlicher als persönliche Reibereien, welche der Organisation nur Schaden, ihr aber niemals Nutzen bringen können. Nur Einigkeit macht stark.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Hamburg. (Telegr.) Die Parkettleger stehen im Streit. Bezug fernhalten.

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Burg bei Magdeburg (Spiegelfabrik Ahmann), Straßund (Winkelmann), Wien;
- Tischlern, Korbmachern und Süssarbeiter nach Herford (C. Bock & Co.) und Bielefeld (C. W. Bock);
- Polierern nach Hameln (Kramer & Münnig);
- Drechslern nach Mürnberg (Gebr. Wolf), Großbröhndorf (Tischfabrik Herrn. Wenzel), Lage (H. Gehl);
- Tischlern, Drechslern nach Berlin (Treppengeländerbranche), Cöpenick (Gebr. Krüger & Co.);

Parfettlegern nach Mannheim (Eugensland);
Manufakturinstrumentenarbeitern nach Berlin, Liegnitz (Freytag), Dresden;
Stuhlbauern und Polsterern nach Leisnig (Ziemer & Marx);
Stocharbeitern nach Berlin (F. & S. Gendick), Brüssel.
Korbmachern nach Ansbach, Lübeck (F. Oldenburg),
 Oranienburg;
Stuhschreibern nach Nürnberg (Dtt, Ziemer & Ellenberger).

In Ansbach haben die Korbmacher mit ihren Meistern beständig Differenzen. Andererseits sind ihre Verhältnisse so ungünstige, daß es schon deshalb den Korbmachern anzupfehlen ist, den Zugang nach dort fernzuhalten.

In Augsburg sind sämtliche Schreiner und Mühlenbauer der Mühlenbauanstalt Stadler, Mebert & Gerber wegen Lohnhöhen ausgesperrt worden. Zugang nach dieser Firma von Schreibern und Mühlenbauern ist streng fernzuhalten! Bericht folgt.

In Oberfeld ist der Kampf um den Neunstundentag nunmehr endgültig beigelegt. Auf dem Wege der Verhandlung wurde am 31. Januar mit den Arbeitgebern ein Vertrag getätigt und unterzeichnet, welcher in einer Versammlung der Streikenden am selbigen Tage mit 211 gegen 82 Stimmen Annahme fand. Die neunstündige Arbeitszeit tritt danach in Kraft am 1. März. Der bisherige Tagelohn wird weiter gezahlt, bei Akkordarbeit ein der Verkürzung der Arbeitszeit entsprechender Zuschlag, sofern es der in Kraft tretenden Schlichtungskommission nicht möglich sein sollte, bis zum 1. März eine möglichst gleichmäßige Regelung der Akkordpreisklage tariflich festzulegen. Für Überarbeit werden 25 Prozent Zuschlag gewährt. Der Vertrag hat Gültigkeit auf drei Jahre und kann nur nach vierteljährlicher vorhergehender Kündigung gelöst werden. Derselbe wird beim Gewerbeamt deponiert. Die Arbeit wurde am 1. Februar wieder aufgenommen.

In Lübeck ist über die Werkstatt des Korbmachermeisters Johs. Oldenburg, Königstraße 30, seitens der organisierten Korbmacher die Sperre verhängt, weil Herr O. sich weigert, den im vorigen Jahre mit den Arbeitgebern vereinbarten Akkordtarif für seine Werkstatt anzuerkennen und auszubängen. Die hier zusehenden Kollegen wollen dieses beachten und diese Werkstatt meiden.

In Nürnberg dauert der Streik bei der Firma Wolf (Zelluloidwarenfabrik) noch unverändert fort. Die Firma gibt sich die eifrigste Mühe, Drechsler von außerhalb zu bekommen. Die Kosten, welche die Firma bis dato dafür aufbringen mußte, haben sich nicht bezahlt gemacht. Außer vier Mann, die von früher her schon als Arbeitswillige bekannt sind, ist der Fang nach Drechslern nicht gelungen. Hervorragend an dem Fang beteiligten sich die Meister im Bunde mit den Arbeitswilligen. Sonntags werden die Orte Lauf, Wendelstein und Feucht besucht, wo bekanntlich die Drechsler zu Hause ist. Wir möchten besonders unsere Käufer Kollegen darauf aufmerksam machen, daß sie diesen Herren die Lüre zeigen und uns in diesem Kampfe moralisch unterstützen. Zugang ist streng zu meiden.

In der Pfeifenfabrik von Dtt, Ziemer & Ellenberger versucht man seit Jahren die Löhne zu drücken. Der Anfang wurde voriges Jahr bei den Drechslern gemacht, in diesem Jahre hat man die Stuhschreiner und Überzieher bedacht. Zu dem horrenden Verdienst von 14 bis 18 Mark wöchentlich sind von früher her 3 Prozent zugelegt worden, die man jetzt den 20 Arbeitern wieder abzieht, weil angeblich ein Defizit entstanden sein soll. Die 3 Prozent machen bei 20 Arbeitern 850 Mark jährlich aus; damit soll das Defizit ausgeglichen und die Konkurrenz geschlagen werden. Es ist zu kleinlich, wenn eine Aktien-gesellschaft, die zwei Direktoren, drei Werkmeister und neun Vorarbeiter beschäftigt bei 100 Arbeitern und Arbeiterinnen, wegen dieser winzigen Summe Differenzen mit der Arbeiterschaft hervorruft. Wo das Defizit zu suchen ist, wird jeder Leser aus den wenigen Zeilen herausfinden. Die vier Stuhschreiner wehrten sich gegen die Lohnreduktion von 3 Prozent. Der mit aller Vollmacht ausgerüstete Werkmeister Polster erklärte, die Firma müsse darauf bestehen, wonach die vier Kollegen die Arbeit niederlegten. Die Firma sucht wieder Stuhschreiner und soll man auf der Suche darauf in Wien sein. Wir ersuchen deshalb, den Zugang streng fernzuhalten. Unser österreichisches Bruderblatt möchte davon Notiz nehmen.

Bei der Firma Bauernfeind waren wegen eines Kollegen Differenzen ausgebrochen. Dieselben sind nach einwöchigem Streik zur Zufriedenheit der Arbeiter wieder beigelegt worden.

In Oranienburg nehmen die Differenzen in den Korb-macherwerkstätten kein Ende. Alle Kollegen, die hier in den letzten Jahren gearbeitet, haben sich einen gründlichen Schnupfen dabei geholt, denn nach kurzer Zeit, mitunter schon nach Tagen, sind sie wieder verschwunden und werden auch nie wieder Lust haben, nach hier zu kommen, wenn sich die Verhältnisse nicht anders gestalten. Ein guter Beweis hierfür ist auch der, daß kürzlich in der „Solzarbeiter-Zeitung“ bei W. Tornow hier vier Korbmacher gesucht wurden, mit der Bemerkung „am liebsten verheiratete“ (weil unverheiratete überhaupt nicht aushalten, auch hier nicht zurecht kommen können). Doch zum Glück, es hat sich kein Kollege gefunden, der Lust hatte, nach hier zu kommen, er würde es auch schwer bereuen, denn jetzt, nach einigen Wochen schon, würde er gezwungen sein, unter Umständen wieder abzureisen. Denn bei Tornow sind nunmehr sämtliche Kollegen arbeitslos, auch in Wipperfleise, wo er eine zweite Werkstatt besitzt, soll es ebenso sein. In den letzten Jahren haben wir häufig Differenzen mit Tornow gehabt, wir wollen hier nur einen kleinen Überblick geben. Bis Januar 1902 bekamen wir dort pro Stück Ballon 33 Pfennig bei gutem Material. Daraus folgte ein Lohnabzug von 3 Pfennig pro Ballon, der trotz eines vierwöchigen Streiks nicht abgewehrt wurde, ebenfalls bei der Firma Fechner. Hiermit begnügten sich die Meister noch nicht, denn durch Einkauf von minderwertigem Material wurde der Lohn noch gesenkt. Im Sommer 1903, als der Geschäftsgang wieder besser war, jagen wir uns veranlaßt, wieder den alten Preis von 33 Pfennig zu fordern, wiederum konnten wir uns nach einem Streik von 8 Tagen mit nur 32 Pfennig begnügen. Dies wäre ja immerhin wieder ein Vorteil gewesen, wenn nicht

das Material immer schlechter geworden wäre, denn Wochen-löhne von 13 bis 16 Mark waren keine Seltenheit. Daß hierbei kein verheirateter Kollege auskommen kann, ist klar; nunmehr waren wir gezwungen, wieder einen Ausgleich zu schaffen. Somit wurde beschlossen, am 3. Januar 1905 vor-stellig zu werden und pro Ballon 35 Pfennig zu fordern, was auch nach langem Handeln noch am selben Tage be-willigt wurde. Dies dauerte allerdings nicht lange, denn am 21. Januar kam unser Meister und kündigte uns, mit dem Bemerkten, wir müßten in 14 Tagen ausziehen, da er kein Material zum Arbeiten bekommen könnte. Wie es hier-mit steht, wissen wir ja am besten, denn zu jetziger Jahres-zeit ist stets Holz zu bekommen; wie es scheint, will er etwas anderes damit bezwecken (wir wünschen ihm hierzu Glück). Das Material ist nun bis zum 4. Februar aufgearbeitet und sind somit sieben verheiratete Kollegen arbeitslos. Wie wir aus seinem Benehmen schließen, so denkt Tornow vielleicht, uns mit der Hungerpeitsche müde zu machen, aber da soll er sich enttäuscht sehen. Sollten wir nicht gleich anderwärts Arbeit bekommen, so brauchen wir ja auch nicht hungern, denn dafür haben wir unsere Arbeitslosenunterstützung. Wir werden nun vorläufig abwarten und später mehr hier-über berichten, die Kollegen bitten wir aber, den Zugang streng fernzuhalten.

In Osnaabrück ist der Kampf der Tischler zu unseren Gunsten beendet; unter dem 28. Januar wurde ein Vertrag mit dem Arbeitgeberverband geschlossen. Die wesent-lichsten Bestimmungen desselben sind: Vom 1. April 1905 ab beträgt die Arbeitszeit in allen Betrieben 9 1/2 Stunden pro Tag. Der bisherige Tagesverdienst wird weitergezahlt. Am 1. April 1906 tritt eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde ein und am 1. Januar 1907 erfolgt eine weitere Lohnerhöhung von 1 Pfennig pro Stunde. Der Durch-schnittslohn eines Tischlergesellen wird vom 1. April 1905 ab auf 38 Pfennig pro Stunde festgesetzt und erhöht sich am 1. April 1906 auf 40 Pfennig pro Stunde; dieser Lohn gilt nur für Durchschnittsarbeiter. Für Überstunden werden 10 Pfennig, für Sonntagsarbeit 15 Pfennig pro Stunde Zuschlag bezahlt. Für Festtage und nachweisbar unver-schuldetes Fernbleiben von der Arbeit dürfen Überstunden nicht verrechnet werden. Einsetzung einer Schlichtungs-kommission. — Wenn wir bedenken, daß im Vorjahr schon eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 1/2 Pfennig pro Stunde Platz gegriffen hat, dürfen wir mit dem Erfolg sehr zufrieden sein. Bemerkenswert ist, daß unsere Kollegen in Osnaabrück gar nicht an einen Lohnkampf in der gegen-wärtigen Zeit dachten, sondern, weil die Tischler der Piano-fortefabrik Rawe die Arbeit eingestellt hatten und dieselbe nicht bedingungslos aufnehmen wollten, ausgesperrt wurden. Wenn die Meister jetzt sich zu den obengenannten Zugestän-dnissen herbeigelassen haben, so beweist dieses, daß man ein-gesehen hat, daß unsere Organisation ein Faktor ist, mit dem auch sie rechnen müssen, und daß es richtiger ist, sich durch einen annehmbaren Vertrag für beide Teile auf einige Jahre Ruhe zu verschaffen.

Auch bei Rawe ist der Konflikt am 1. Februar zugunsten der Kollegen beigelegt worden.

In Stettin ist auf der Schiffsbauwerft Oberwerke am Freitag morgen ein Streik ausgebrochen. Es handelt sich um Abstellung verschiedener Mängel, sowie um eine Er-höhung des Stundenlohnes von 34 auf 38 Pfennig. Die Direktion bewilligte 1 Pfennig. Daraus konnten die Kol-legen nicht eingehen, denn der Lohn beträgt im Durchschnitt in Stettin 42 Pfennig. Zugang von Tischlern ist streng fern-zuhalten. Bericht folgt.

In Budapest ist die Aussperrung der Tischler durch die Initiative der Regierung beendet worden. Im ungarischen Handelsministerium fanden die Verhandlungen statt, die schließlich nicht erfolglos blieben. Die ungarische Regierung hat diese Verhandlungen wahrscheinlich nicht der Gehilfen-schaft zuliebe eingeleitet und durchgeführt. Sie mußte sehr wohl, daß die Folgen der Aussperrung für die ungarische Möbelindustrie gefährliche Folgen haben müßte, und sie hat deshalb im Interesse des Landes die Vermittlerrolle ab-genommen. An den Verhandlungen haben sechs Mitglieder des Landesmeisterverbandes und sechs Delegierte der Arbeiter teilgenommen. Der Obmann der Gewerlegenossenschaft, Bartolffy, erörterte den Standpunkt der Meister und er-klärte, daß die Meister die neunstündige Arbeitszeit bewil-ligen, wenn die Arbeiter dieselbe in allen Fabriken durch-setzen. Davon wollten jedoch die Arbeiter nichts hören. Endlich machte Ministerialrat Esterenyi den vermittelnden Vorschlag, daß einerseits die Meister den neunstündigen Arbeitstag bedingungslos bewilligen, andererseits aber auch die Arbeiter billigerweise nicht das sofortige In-sultentreten desselben verlangen sollen, da dies viele auf den längeren Arbeitstag eingerichtete Meister arg schädigen würde. Schließlich einigte man sich dahin, daß die tägliche Arbeitszeit bis zum 1. August noch neun Stunden, von da ab aber nur mehr neun Stunden zu dauern habe. Die Vereinbarung wird nun der Arbeiterversammlung unter-breitet werden. Bei jenen Meistern, die außerhalb des Kar-tells stehen und neun Stunden, ja sogar zehn Stunden arbeiten lassen, wird die Arbeit sofort eingestellt werden. Die an-wesenden Meister nahmen diese Erklärung billigend zur Kenntnis. Hierauf schritt die Konferenz zur Beratung des Arbeitstarifs, die — weil sich mannigfache, wenn auch nicht unüberbrückbare Differenzen ergeben haben — fortgesetzt werden soll und hoffentlich zu gutem Ende gebracht werden dürfte. Die Arbeiterversammlung wird am Montag statt-finden, und Dienstag soll im Beisein des Ministerialrats Esterenyi der Vertrag unterschrieben werden.

In Wien dauert die Aussperrung der Tischler noch fort. Dieselbe hat dem österreichischen Holzarbeiterverband bereits 150000 Kronen (127000 Mark) gekostet. Einen Erfolg hat sie der Arbeiterorganisation schon gebracht: einen größeren Zusammenschluß der Wiener Kollegenschaft, da eine große Zahl bisher indifferenten Kollegen infolge der Aussperrung der Organisation beigetreten sind.

In Rheineck stehen, wie der Sekretär des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes uns mitteilt, unsere Kollegen mit dem Schreinermeister Gmünder in Differenzen, weil letzterer alle Versuche anstellt, die Gewerkschaft zu schwächen und das Vereinsrecht der Arbeiter zu entwürdigen. Er macht sich deshalb daran, vier seiner Arbeiter, die organisiert waren und von ihrem guten Rechte als solche angeblich Ge-brauch machten, zu entlassen. Jedoch waren diese Kollegen

dadurch außer Stande gesetzt, in Rheineck Arbeit zu erhalten, es verblieb ihnen kein anderer Ausweg mehr, als abzureisen. Herr Gmünder bemühte sich seither, die leerstehenden Hobel-bänke durch unorganisierte Leute zu besetzen. Zum Glück haben dessen Bemühungen bis anhin sehr geringen Erfolg gehabt. Die Gewerkschaft war ihrerseits befreit, organi-sierte Arbeiter der Werkstatt zuzuführen, was ihr auch zum guten Teile gelang. Nun gilt es, auf die beschäftigten Kol-legen keinen Druck auszuüben, deshalb soll das Umschauen der durchreisenden Schreiner in dieser Firma gänzlich fern-gehalten, denn die Prozigkeit dieses Arbeitsherrn soll durch Zurückhalten des Zubranges der Arbeitskräfte bekämpft werden. Den Bemühungen der Sektion Rheineck wolle man recht eingedenk sein, um ihr dadurch kein Hindernis in den Weg zu legen. Wir bitten deshalb die Kollegen, den Zu-zug nach Rheineck gänzlich zu unterlassen.

In Zürich sind in der Möbelfabrik Wolf & Aschbacher Differenzen ausgebrochen. Da genannte Firma sich auswärts um Arbeitskräfte bemüht, bitten wir, das zu beachten.

In Lyon hat ein Teil der Möbelschreiner die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter fordern zehnstündige Arbeitszeit bei 70 Centimes (56 Pfennig) Stundenlohn, für Überstunden 50 Prozent Zuschlag, als Entschädigung für Werkzeug 2 1/2 Prozent des verdienten Lohnes, auf die Akkordpreise einen Zuschlag von 25 Prozent, für alle Heimarbeiter eine Extrarentschädigung in Höhe von 5 Prozent des verdienten Lohnes. Unsere Lyoner Kollegen wollen die Anerkennung dieser Forderungen durch die Unternehmer durch partielle Streiks erzwingen, da ihnen, wie „Der Solzarbeiter“, unser Schweizer Bruderblatt, schreibt, ihre mangelhafte Organi-sation eine allgemeine Bewegung nicht gestattet. In einigen Werkstätten sind die Kollegen bereits in den Ausstand ge-treten, doch planen die Meister, gerade im Hinblick auf die organisatorische Schwäche der Arbeiter, die Abwehr der Ge-hilfenforderungen durch Injizierung einer allgemeinen Aus-sperrung.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Internationale Union der Holzarbeiter
 hat, wie wir dem Zirkular Nr. 8 ihres Sekretärs Kollegen Leipart entnehmen, in letzter Zeit wieder recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Bis heute gehören ihr an 10 Nationen — Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Groß-britannien, Österreich, Schweden, Schweiz, Serbien und Ungarn — mit zusammen 16 Verbänden und rund 166000 Mitgliedern. Auf dem internationalen Holzarbeiterkongress in Amsterdam waren 11 Nationen mit 17 Verbänden und 152470 Mitgliedern vertreten, so daß also die Union schon jetzt eine größere Mitgliederzahl aufzuweisen hat als diejenige, welche in Amsterdam vertreten war. Dagegen sind aber einige Verbände, welche sich an dem Kongress in Amster-dam beteiligt und dort für die Gründung der Union ge-stimmt haben, mit ihrem Anschluß an die Union noch immer im Rückstand. Abgesehen hiervon darf die Entwicklung der Internationalen Union wohl als eine befriedigende bezeichnet werden. Hoffen wir, daß sie im neuen Jahre weiter gute Fortschritte macht.

Zu Gegendiensten gern bereit
 sind die liebenswürdigen Tischlermeister in Osna-brück. Sie versanden folgendes Zirkular:

Osnaabrück, den 20. Januar 1906.
 Sehr geehrter Herr Kollege!
 Mit Gegenwürdigem überreichen wir Ihnen die Listen der in Osnaabrück im Streik befindlichen Tischlergesellen. Wir bitten Sie nun höflichst, diese Listen unter den Berufs-kollegen und sonstigen Unternehmern, welche Tischler-gesellen beschäftigen, möglichst verbreiten resp. bekannt-geben zu wollen, damit diese streikenden Gesellen nicht in Arbeit genommen werden. Falls dieses bereits geschehen sein sollte, bitten wir, dieselben sobald als möglich wieder entlassen zu wollen.

Sollten eventuell einige Namen in unseren Listen fehlen, so wäre es wohl angebracht, Leute, welche nach dem 1. Oktober 1904 noch in Osnaabrück gearbeitet haben, auf keinen Fall einzustellen. — Für ihre Bemühungen sprechen wir Ihnen im voraus unseren besten Dank aus und zeichnen, zu Gegendiensten stets gern bereit
 Mit kollegialen Grüßen

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzver-bandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen. Ortsverwaltung Osna-brück. H. A. G. Wippermann, Vorsitzender.

Den Gesellen gegenüber, welche durch den von ihren Händen geschaffenen Mehrwert die Existenz der Herren Meister ermöglichen, sind die Herrschaften nicht so rasch zum Dank bereit und zu Gegendiensten in Form anständiger Bezahlung erbötig. Von diesen Gesellen werfen sie durch die dem Zirkular angeschlossene schwarze Liste einfach 125 Mann auf die Strafe. Und niemand schreit wegen dieses Terrorismus nach einem Zuchthausgefängnis!

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie

gestaltete sich im Monat Januar, wie die Halbmonats-schrift „Der Arbeitsmarkt“ berichtet, ungünstiger als im vorigen Jahre. Infolge Nachlassens der Bautätigkeit machte sich in der Baufacherei an verschiedenen Orten Arbeits-mangel bemerklich, der zu Entlassungen führte. — Das Weih-nachtsgeschäft in Möbeln hat nicht den erwarteten Umfang angenommen; die Folge davon sind gefüllte Lager und Arbeitsmangel. Derselbe zeigt sich nicht nur in den Betrieben für Massenproduktion, sondern in weit höherem Maße noch in den kunstgewerblichen Möbelwerkstätten. Auf diesem Ge-biet ist die Konkurrenz in der letzten Zeit so stark geworden, daß für absehbare Zeit eine Besserung nicht zu erwarten ist. — Erheblich besser als in der Bau- und Möbelindustrie ist der Geschäftsgang in den Waggonfabriken und auf den Schiffbauwerken. Dagegen ist in der Ristenmacherei eine peinliche Flaue eingetreten, die sich besonders in der Zigarettenfabrikation bemerklich macht. In der Musik-instrumentenbranche ist die Arbeitslosigkeit gegen-wärtig ebenfalls knapp. In der Pianoortefabrikation ist in Süddeutschland die Konkurrenz derartig scharf geworden,

daß damit gerechnet werden muß, daß einzelne Fabriken ihren Betrieb einschränken müssen, wenn sie nicht zu anderen Zweigen der Holzbearbeitung übergehen wollen. Der scharfen Konkurrenz ist es auch wohl zu danken, daß an Stelle der guten und preiswürdigen Ware, die früher geliefert wurde, das billige Fabrikat getreten ist. Der im Rückgang befindliche Export wird durch derartige Manipulationen, die den Ruf des deutschen Klaviers beeinträchtigen, sicher nicht gehoben werden.

Submissionsblüte. Im Submissionsverfahren für die Tischlerarbeiten zum neuerbauten Proviantamt in Kolberg wurden folgende Preise abgegeben: Baugeschäft Harten, Kolberg, 5695,97 Mark; Gellert & Maas, G. m. b. H., Kolberg, 5144,68 Mark; Schenemann, Kolberg, 4936,45 Mark; Voigt, Kolberg, 4389,06 Mark; Fr. Klassen, Kolberg, 4386,48 Mark; Sorweide, Treptow a. Rega, 4713,74 Mark.

Den Zuschlag erhielt der Mindestfordernde, Franz Klassen, seines Zeichens Schlossermeister und Stadtverordneter, den Kollegen auch bekannt durch verschiedene Differenzen.

Da der Betrieb für unsere Kollegen seit zirka einem halben Jahre gesperrt ist und bis auf weiteres gesperrt bleibt, erübrigt es sich, diesem Mutterbetrieb einige Zeilen zu widmen. Herr Schlossermeister Franz Klassen, Mitglied der Handwerkerkammer in Stettin, beschäftigt neben einigen 20 Schlosserlehrlingen und stellt auch ebensoviel Gesellen seit zirka zwei Jahren auch Tischler. „Ja, diese Tischler machen mir doch verfluchten Ärger“, feuchte Herr Klassen, als ihm die Forderungen der Tischler beim letzten Streik zugestellt wurden. Warum denn? Weil die Tischler organisiert sind und sich aus diesem Grunde nicht so schüttern lassen wie die Schlosser, denn von denen ist er unbedingten Gehorsam gewöhnt; weil weiter die Tischler nur zehn Stunden arbeiten, währenddem die Schlosser elf Stunden arbeiten müssen; weil ferner die Tischler nicht so billig arbeiten wie die Schlosser usw.; kurz und gut, die Tischler machen die Schlosser verrückt, und wollen diese auch nicht mehr den Sklaven aus dem 16. Jahrhundert machen. Dem muß abgeholfen werden und müssen die organisierten Tischler raus, wenn es auch die besten Arbeiter sind. Und sie sind raus, bei Klassen hat der Absolutismus gesiegt, aber wie? Gesiegt insofern, daß die organisierten Kollegen den Betrieb verlassen haben und Herr Klassen wohl einige Arbeitswillige gekapert hat, aber wie viele und welche Sorte. So sind beschäftigt zwei vormalige Tischlermeister, ein Stellmacher und der Werksführer, mithin ganze vier Mann. Klassen hat bedeutende Arbeiten angenommen und sucht überall Tischler, besonders im Osten, und wollen die Kollegen in den ersten, zweiten und dritten Gau hierauf ein wachsames Auge haben, damit auch dieser Feudale die Organisation anerkennt.

Unfallversicherung in der Holzindustrie. Wiederholt vorgekommene folgenschwere Unfälle bei der Abseilung von Wasserrädern haben den rührigen Vorstand der Südwestdeutschen Holz-Verfasser-Gesellschaft in Stuttgart veranlaßt, seine Mitglieder und die versicherten Arbeiter vor der bei dieser Handlung bestehenden großen Unfallgefahr in einer besonderen Bekanntmachung zu warnen und unter Erteilung geeigneter Ratsschläge zur Vorsicht zu ermahnen. Im Interesse der Unfallversicherung wird hierauf mit dem Bemerkten aufmerksam gemacht, daß diese Bekanntmachung in Blattform von dem Vorstand obiger Verfasser-Gesellschaft zum Anschlag an die Wasserradstuben gratis bezogen werden kann.

Gewerkschaftliches.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Die Situation im Ruhrgebiet hat sich nur wenig verändert. Die Ankündigung der preussischen Regierung von der geplanten Einbringung eines Notgesetzes im preussischen Abgeordnetenhaus zugunsten der Bergarbeiter hat die Streikenden keinen Augenblick wankend gemacht. Unbeirrt sind sie im Ausstand verharret, weil sie gut genug wissen, daß es zurzeit eine andere Möglichkeit der Schaffung besserer Verhältnisse nicht gibt als den Streik. Die Streikleitung hat lediglich beschlossen, die nach Annahme des geplanten Notgesetzes von den vierzehn Forderungen der Bergarbeiter verbleibenden zehn Forderungen auf vier zu vermindern und diese dem Bergbauischen Verein neuerdings zu unterbreiten. Wir werden ja sehen, ob die organisierten Unternehmer dieses große Entgegenkommen der Arbeiter würdigen und sich nunmehr auf Einigungsverhandlungen einlassen.

Die Haltung der Streikenden ist nach wie vor musterhaft. Die Polizei ist zur Arbeitslosigkeit verurteilt. In der Presse war vor einigen Tagen zu lesen, es bestעה im Lager der Streikenden Zwiespalt, der christliche Gewerksverein beachtliche, sich unter gewissen Bedingungen vom Streik zurückzuziehen. Diese Nachricht war aus der Luft gegriffen, denn wie die Steuerverkommission jetzt erklärt, sind sich die Streikenden aller Richtungen über die einzuschlagenden Maßnahmen vollkommen einig. Die gesamte öffentliche Meinung steht ihnen in ihrem Kampfe zur Seite.

Allerdings, von Sympathien können die streikenden Bergarbeiter nicht leben; Vorbedingung eines Erfolges ihrer Sache ist, daß genügend Geldmittel zu ihrer Unterstützung beschafft werden, sonst werden sie durch die Not gezwungen, bedingungslos an ihre Arbeit zurückzukehren. Es müssen ganz erhebliche Mittel aufgebracht werden, um das letztere zu verhüten; jede Woche sind mehr denn zwei Millionen Mark zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter erforderlich. Unsere Kollegen werden es an einer wirksamen Unterstützung der Bergarbeiter hoffentlich nicht fehlen lassen.

Große Bauarbeiterausperrungen scheinen von den Unternehmern der Baubranche im Süden und Südwesten Deutschlands bevorzustehen. Nach einem Zirkular, das unser

pfälzisches Parteiorgan zu veröffentlichen in der Lage ist, suchen die betreffenden Unternehmer schon Frühling miteinander, um ihre Scharfmacherpläne durchzuführen. Man spricht in diesem Zirkular allerdings heuchlerisch von Streitabsichten der Arbeiter, um den Plan zu rechtfertigen. Man sollte eigentlich annehmen, daß die Erfahrungen, die die Bauunternehmer allerorten mit ihren Aussperrungen gemacht haben, ihnen den Nachtkittel etwas ausgetrieben hätten. Aber wie es scheint, wollen sich auch die süddeutschen Bauarbeitgeber erst die Finger verbrennen.

Der **Buchdrucker-Verband** hat nach der soeben im „Correspondent“ erfolgten Veröffentlichung seiner Abrechnung seitens der Hauptkassa im Jahre 1904 verausgabt an Unterstützungen 594811,26 Mark. Die vom Verband insgesamt verausgabten Unterstützungen sind natürlich weit höher, da von den Gaukassen und Lokalkassen sehr bedeutende Zuschläge zu den Verbandsunterstützungen gezahlt werden. Das Vermögen der Hauptkassa besizert sich auf 3 649 049,97 Mark.

Girisch-Dunckerische Gewerksvereine. In der Nr. 5 des „Gewerksverein“ wird der Jahresabschluß der Verhandlungen der deutschen Gewerksvereine pro 1904 veröffentlicht. Wir führen daraus folgende Ausgabenpositionen an: Es werden verrechnet für Agitation 5673,44 Mark, für Agitationsmaterial 1724,92 Mark, für Diäten und Reisekosten zum Verbandstag 9996,50 Mark, Druckkosten für Statistik und Verbandstag 5379,06 Mark, für Streikunterstützung 4210 Mark, Zuschuß an die „Macht“, „Märkisches Volksblatt“ und „Gewerksvereinsbote“ 900 Mark, Zuschuß an die Ausbreitungsverbände 500 Mark, für die Probenummer der „Freie Arbeiter-Presse“ (der geplanten Girisch-Dunckerischen Tageszeitung) 1072,94 Mark, Zeitungen und Bücher für die Redaktion des „Gewerksverein“ 491,92 Mark, Autorenhonorar 632,05 Mark, Entschädigung des Anwalts 5000 Mark, Gehalt des Redakteurs 2850 Mark.

Girisch-Dunckerische Unterstützungs-Einrichtungen. Die Girisch-Dunckerischen Gewerksvereine machen ein so großes Geschrei über ihre angeblich ohne Beispiel dastehenden Unterstützungs-Einrichtungen; da ist es ja ohne Zweifel interessant, von einer solchen recht eigenartigen Einrichtung zu erfahren. Wie die „Frankische Tagespost“ nämlich mitteilt, hat der Girisch-Dunckerische Ortsverein der Schlosser und Maschinenbauer in Nürnberg unter anderem auch eine „Spar- und Vorschuß-Kasse“ eingerichtet, die an Mitglieder Vorschüsse von 3 Mark aufwärts abgibt. Wer einen höheren Vorschuß haben will, als sein Guthaben beträgt, der hat Bürgen zu stellen, deren Guthaben sich mit dem geforderten Vorschuß decken soll. „Um die Ersparnisse rentabel zu machen, wird für jede Mark Vorschuß pro Monat 2 Pfennig Zins erhoben.“ Solch ein Geschäft muß allerdings als höchst „rentabel“ bezeichnet werden, denn die 2 Pfennig Zins pro Mark und Monat machen die Kleinigkeit von 24 Prozent aus. Wenn ein Geldverleiher solche Wucherzinsen nimmt, so nennt man das Halsabschneiderei. Solche Unterstützungs-Einrichtungen haben unsere Gewerkschaften allerdings nicht aufzuweisen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Der Saarprozess.

Der Ende Juni vorigen Jahres vor der Saarbrücker Strafkammer sich abspielte, und der mit der Verurteilung des angeklagten Bergmanns Krämer, wegen Beleidigung des Bergrats Hilger, zu drei Monaten Gefängnis endete, wird nochmals verhandelt werden. Das von Krämer gegen das Urteil der Strafkammer Saarbrücken angerufene Reichsgericht hat das Urteil aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor die Strafkammer Dier verwiesen. Da wird voraussichtlich der ganze Prozess einen anderen Lauf nehmen und das Gericht hoffentlich zu einem Spruch kommen, der mit dem allgemeinen Rechtsbewusstsein etwas mehr im Einklang steht, als das Urteil von Saarbrücken.

Die lieben Arbeitswilligen. In Mannheim wurden zwei Maurer zu je zwei Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie einen Arbeitswilligen durch die Worte beleidigt haben sollen: „Das ist ja gar kein Maurer, das ist ja ein Knoddelhieb.“ — Der „Beleidigte“, der seinen Streikbruch mit „Rücksicht auf seine Familie“ begangen haben will, hat diese Rücksicht früher schon sehr schön betätigt. Seine Familienangehörigen mußten erleben, daß er sich ganz erhebliche Strafen zuzog wegen zweier Körperverletzungen, Urkundenfälschung, Betrugs usw. — Die Streikenden müssen das nicht gerührt haben, sonst wäre ihr Verfluch unerklärlich, diesen Menschen zu einer ehrenhaften Handlung zu verleiten.

Gesellenanschnusmitglieder sind keine „Brummochsen“! Das mußte zu seinem Leidwesen der Steinsehermeister W. in Leipzig erfahren, der sich gelegentlich einer Lehrlingsprüfung dazu hinweisen ließ, ein an der Prüfung teilnehmendes Mitglied des Gesellenanschnusses mit diesem wenig schmeichelhaften Titel zu belegen, und sich deshalb vor dem Schöffengericht wegen Beleidigung zu verantworten hatte. Das Gericht billigte dem rindviehliebhabenden Steinsehermeister zwar mildernde Umstände zu, verurteilte ihn aber doch zu 20 Mark wegen Beleidigung.

Eingefandt.

Achtung, Korbmacher!

Diesem Kollegen, welche als Delegierte zur Konferenz am 19., 20. und 21. Februar nach Magdeburg gehen, werden gebeten, ihre Wünsche in bezeichneter Logis usw. an die unterzeichnete Adresse gelangen zu lassen. An der Bahn werden die Magdeburger Kollegen anwesend sein und sind selbige an der roten Schleiße zu erkennen.

Stellmacher-Agitation.

Die von den Dortmunder Kollegen angeregte Diskussion über obiges Thema ist gewiß von vielen unserer Kollegen

begrüßt worden; ist sie doch der Anfang einer systematischen Agitation unter den Stellmachern. Wie notwendig eine solche ist, beweist ja der niedrige Prozentsatz der organisierten Stellmacher. Mag es durch die Agitation einzelner Kollegen immerwährend möglich sein, diesen oder jenen seiner Arbeitskollegen für die Organisation zu gewinnen, so ist doch meines Erachtens das Festhalten an der Organisation dadurch schon schwieriger als zum Beispiel bei den Tischlern, weil eben die Stellmacher in der verhältnismäßig geringen Anzahl zu wenig Gelegenheit finden, sich über ihre Branchenverhältnisse zu unterhalten. Deshalb ist es nur zu begrüßen, wenn überall da, wo die Zahl der organisierten Stellmacher es erlaubt, Sektionen gegründet werden. Die Gründung von Sektionen wird allerdings nur in den größten Städten oder dort möglich sein, wo Waggonfabriken oder größere Wagenbauanstalten bestehen. Bei der Einleitung einer rührigen Agitation werden wir unser Augenmerk vor allem auf die Waggonfabriken und größeren Wagenbauanstalten richten müssen, denn in diesen Betrieben sind die Stellmacher einmal leichter zu organisieren und sie sind auch imstande, einen Einfluß auf ihre Kollegen bei den Kleinmeistern auszuüben. Um nun in den erwähnten Betrieben die Agitation betreiben zu können, bedarf es notwendigerweise einer statistischen Grundlage, um dadurch einen Betrieb gegen den anderen auszuspielen, aber auch, um die Stellmacher zum Beispiel in den Waggonfabriken über die Lage ihrer Kollegen in irgendwelchem anderen Betriebe aufzuklären. Dadurch würde schon vermieden, daß, wie es gegenwärtig in Görtlich der Fall ist, Kollegen aus entlegenen Städten auf Zeitungsanzeigen hin in die Görtlicher Waggonfabrik kommen, den versprochenen Lohn erwarten und sich dann bitter enttäuscht fühlen. Eine Konferenz jetzt abzuhalten, halte ich für unnütz, wenigstens stünde der Erfolg nicht im Einklang mit den Kosten einer solchen. Wollen wir doch erst einmal durch intensive Kleinarbeit die Wege ebnen und dann die Erfolge auf einer Konferenz austauschen. Wenn nun eine Darstellung der Lage der Stellmacher einen Wert haben soll, dann muß sie geteilt sein erstens in die Verhältnisse in den Waggonfabriken, zweitens in den Wagenbauanstalten und Holzliegereien und weiter bei den Kleinmeistern. Das letztere würde allerdings wegen der Schwierigkeit des Einholens der statistischen Zahlen ganz und gar unvollständig werden und schließlich ein ganz falsches Bild abgeben. Vielleicht würde der Hauptvorstand eine Kommission einsetzen, welche ihrerseits mit den Bauvorständen in Verbindung zu treten hätte, denen es ja leichter möglich ist, mit den Stellmacherebetrieben ihres Gauses Fühlung zu erhalten. Jedenfalls wird der Hauptvorstand den richtigen Weg zu finden wissen. In Görtlich hat sich vor einiger Zeit eine Sektion der Stellmacher gebildet, welche zumeist in der hiesigen Waggonfabrik beschäftigt sind. Auch hier wurde schon in der letzten Sektionsitzung die Frage ausgenommen, ob nicht ein näherer Austausch der Erfahrungen zwischen den Kollegen einzelner Waggonfabriken herbeigeführt werden könne. Wir werden Veranlassung nehmen, auf Grund der in der letzten Zeit in Waggonfabriken stattgefundenen Lohnbewegungen in einer der nächsten Nummern unsere Verhältnisse zu schildern, welche natürlich nicht imstande sein werden, auch nur einen Kollegen aus anderen Waggonfabriken hierher zu locken, denn „was kann aus Schlestens Gutes kommen“. Im übrigen werden wir jederzeit bereit sein, die für eine Agitation eingeleiteten Schritte zu unterstützen in dem Bewußtsein, daß auf die Arbeit der Lohn folgen wird in Form einer Vergrößerung der Zahl der organisierten Stellmacher.

Görtlich. Die Sektionsleitung der Stellmacher.
J. A. Max Salig.

Briefkasten.

- * Wer liefert oder beschreibet einen Apparat zum Pressen von Peddigrohr, wodurch dieses das Aussehen erhält, als ob es gewickelt sei?
- * Von wo kann man Stahlwolle (feine Späne) zum Schleifen von mit Farbe gefirnissten Leisten beziehen?
- * Wer liefert Holzsohlen für Holzpantoffel?
- Beine.** Den Tarif konnten wir nicht abdrucken, weil verschiedene Positionen unverständlich sind.
- Zuffenhausen. E. Sch.** Das „Zentralblatt für Wagenbau, Sattlerei und Tapeziererei“ erscheint zweimal monatlich bei E. Gundlach, A.-G. in Bielefeld und kostet jährlich 8 Mark.
- Serne. P. L.** Marmorplatten erhalten Sie bei Oberbecke & Neese in Düsseldorf oder Otto Schmüller in Mannheim. Spiegel bei N. Rinon in Aachen oder Weklar & Neu in Fürtch i. B.
- Worms-Vorheim. J. A.** Es handelt sich wohl um ein Wirtshausgespräch, das man am besten ignoriert.
- Bayreuth. J. S.** Tischfabriken: Munkelt & Cie., Berlin SO, Zeughofstraße 9; Wd. Richter, Berlin O, Bogehagenstraße 26. Stuhlfabriken: Georg Bauer Nachf. in Chemnitz; J. Fr. Krummweide in Celle. Im übrigen bitten wir, das unter „Zeit N. W.“ Gefagte zu beachten.
- Stuttgart. J. S.** Sie wünschen den Verammlungsbericht von der Jahrsstelle Stuttgart in Nr. 5 unserer Zeitung, monach von sämtlichen Rednern außer dem bei Lipp & Sohn beschäftigten Kollegen, die Haltung der Arbeiter dieses Betriebes bei der letzten Lohnbewegung verurteilt und die daran in unserer Zeitung geübte Kritik gebilligt hätten, dahin richtigzustellen, daß die Äußerung des Vorstehenden, die Sache der Sektion der Klavierarbeiter zu überweisen, und der darauf angenommene Schlusssatztrag eine Klärung der Ansichten unmöglich gemacht habe. Wir kamen Ihrem Wunsche hiermit nach, ebenfalls stellen wir Ihrem Wunsche gemäß fest, daß keiner der Kollegen gesagt hat, daß die Kollegen bei Lipp & Sohn 20 und noch mehr Flaschen Bier im Tag trinken. Damit ist die Streitfrage wohl endgültig erledigt.
- Darmstadt. K. L.** Sie wünschen ein Mittel zu erfahren, mittels welchem Rohrgeflechte an Stühlen gereinigt werden können, ohne daß diese Schaden leiden. Ist einem Kollegen ein solches Mittel bekannt? Wir bitten um Auskunft.
- Hamburg. D. B.** Unseres Wissens existiert an dem betreffenden Orte keine Gobelbankfabrik; Sie werden aber eine sichere Auskunft erhalten, wenn Sie sich an den Bevollmächtigten der Jahrsstelle wenden.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Freiburg i. Sch. Sonntag den 19. Februar im Gewerkschaftshaus... Freitag den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr...

Anzeigen.

Dortmund. Bevollm. Peter Lehr, Heckenstraße 7. Kassierer Karl Siemes, Münsterstraße 102.

Elbstadt. Reiseunterstützung zahlt der Kassierer Kollege Schäfer auf der Herberge, Soeststraße 35, von 7-8 Uhr abends.

Erler. Am 4. Februar Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus, Gartenstraße 32. Von da ab alle 14 Tage, pünktlich um 9 Uhr.

Bevollmächtigter Math. Schmidt, Gelenstraße 24. Kassierer Herrn. Wolffs, Weberbachstraße 34.

Karl Seubel, Maschinenarbeiter, geb. 17. April 1872 zu Hegefelbach, zuletzt Kassierer der Bahnhofsstelle...

Der Tischler Dietrich Meiners, Buch-Nr. 127760, geb. 11. August 1883 zu Strup in Oldenburg...

Der Kollege Georg Diebold, Schreiner, Buch-Nr. 197351, wird ersucht, seine Adresse zu senden an Herrn. Huber in Schwabach (Bayern)...

Achtung! Der Kollege Philipp Böck, Schreiner, Buch-Nr. 96358, wird aufgefordert, seiner Verpflichtung der Bahnhofsstelle Prien gegenüber nachzukommen...

Anton Raith, Bauvorsteher München, Humboldtstr. 40 I.

Der Kollege Georg Diebold, Schreiner, Buch-Nr. 197351, wird ersucht, seine Adresse zu senden an Herrn. Huber in Schwabach (Bayern)...

Achtung! Kollegen, welche den Aufenthalt des Tischlers Will. Tänzlers aus Bant-Wilhelms-Haven kennen, werden ersucht, dessen Adresse dem Unterzeichneten zuzufinden...

J. Wagner, Wilschenshaven Mittelstraße 13 II.

Gesucht zu baldigem Eintritt durchaus zuverlässiger

Holzeinkäufer

welcher in dieser Sparte längere und ausgiebige Erfahrung besitzt, von E. Epple & Söhne, Möbelfabrik Stuttgart.

Suche per sofort einige tüchtige, selbständige Gestellarbeiter auf gestülpte Bettböden und auf Lackrohrmöbel. Zahlung pro Stück.

F. Mannuss, Luzern (Schweiz).

Gewandter Tischler, Polierer oder Drechsler als Reisender von leistungsfähiger Berliner Lackfabrik gesucht. Off. unter „Lac“ durch die Expedition d. Bl.

Suche für meine Fabrik einen tüchtigen Bandfäher einige tüchtige Bürstenbohrer einen tüchtigen Käufer für Weißarbeit.

Fr. Hahn

Holzwaren- und Bürstenbörzlerfabrik Regensburg (Bayern).

Gesucht per sofort 2 bis 3 tüchtige Bürstenmachergehilfen ledig, für sämtliche Arbeiten, welche auch im Zurichten von Schweinehaar gut bewandert sind, auf Halblöhne bei gutem Verdienst und dauernder Beschäftigung.

W. F. May, Bürstenfabrik in Gettorf bei Kiel.

Stuhlpolier., welsch. selbst. auf dunkl. Mahagoni arb. t. gef. D. Schlegel, Hannov., Dänenstr. 15 a.

Korbmacher

auf Grün, findet sofort Stellung. Derselbe kann zum 1. April das Geschäft übernehmen. J. Riedermann, Rudow b. Berlin.

Korbmachergeselle auf Großgeschlagen, der sauber auf Reifebörze schafft, sofort oder später. O. Hirschmann, Korbmacher Basel (Schweiz), Kirchgasse 1.

Wir suchen per sofort einen tüchtigen, unverheirateten Stockdrechsler. Schloss & Co., Stockfabrik Schwenge.

Ein tüchtiger Stellmacher (Kastentmacher), der selbständig auf große Kästen gearbeitet, findet dauernde Beschäftigung. Off. unter 3 an die Expedition der „Holzarb.-Zeitung“.

Je einen tüchtigen Bandfäher und Fräser für unsere Bürstenbörzlerfabrik bei hohem Akkordlohn für dauernd gesucht.

Otto Pöge & Co.

Halle a. S.

Ein tüchtiger Bürstenbohrer, bekannt mit feiner wie grober Arbeit, kann sofort dauernde Arbeit erhalten in Helsingör, Dänemark. Auskunft erteilt die Exped. d. „Holzarb.-Ztg.“

Ein junger Korbmacher, tüchtig auf Reifebörze, sofort od. später gesucht. Lohn: kleinen 10, von 20er ab 11 Pf. pro Zoll. Rich. Polenz, Einbeck, Hannover.

Tüchtige

Korbmachergehilfen auf Groß- und Kleingeschlagen, und geübte Gestellarbeiter (für Verandamöbel usw.) finden bei hohem Akkordlohn dauernde, lohnende Stellung.

Riberader Korbwaren- u. Rohrmöbelfabrik Otto Rohrhirsch Biberach (Württ.).

Zwei tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit gesucht. Will. Erler Magdeburg-Sudenburg, Ambrosiusplatz 4.

Ein Korbmacher auf Obstschwingen stellt sofort ein Arthur Wolf, Büschelbroda, Elbstr.

Zwei Korbmachergehilfen auf Gestellarbeit sucht sofort F. Wehner, Jena.

Erstatte 4 Mark Reisekosten. Gesucht sofort ein Korbmacher auf Mattarbeit. Kost und Logis im Hause. Willh. Bader Langenweddingen bei Magdeburg.

Tüchtige Tischler auf furnierte Möbel sucht K. Abendroth, Waldruh b. Schüttorf, Reg.-Bez. Osnabrück.

Ein bis zwei tüchtige Drechsler, geübte Rosettenarbeiter, für sofort gesucht. Albin Wetzel, Dampfeschleiferei Sernsdorf, S.-Mtenbg.

Korbmacher auf Gemalt und Rohr. Bollmann, Hannover, Varenwalderstr. 28

Neu. Korbmachergesuch. Neu. Suche 5-6 tüchtige Korbmacher auf Mattarbeit bei gutem Lohn. Peter Wiesner, Limburg a. Bahn Holzheimstraße 31 a.

Ein tüchtiger Leimer und Kröpfer für Rahmenfabrik gesucht. Dauernde Stellung. Kunsthandlung A. Baudinet Metz, Römerstraße 45.

Geschenkt und portofrei zuges. erhlt. jed. Nebenverd. suchende Arbeiter einen Gegenstand mit sein. Namen im Werte von 40 Pf. a. Must. Deutsche Adresse an Reinhardt Thate in Hohenstein-Gr. i. S.

Beabsichtige mein D. R.-B. Nr. 158395 betreffend „Leiterstuhl mit Wascheinrichtung“ zu verkaufen. Reflektanten erhalten nähere Auskunft. Kollegen, welche ihren Meister oder Chef auf dieses aufmerksam machen, würde ich sehr dankbar sein. K. Straßberger, Wilmanns i. C. Mühlberg, Buch-Nr. 1031, Exped.-K. 1031, Str. 1031

Abziehsteine

Spezial-Preisliste gratis und franko.

Eine totale Umwälzung

bedeutet mein Verfahren, auf großen Flächen, Pianofronten zc. ohne zu polieren durch einfachen Aufstrich den höchsten Politurglanz zu erzielen.

50 Prozent Material- und Zeitersparnis. Ueberraschender Erfolg! Ein Versuch kostet nichts!

C. Bratsch, Lack- und Politurwerk Reinickendorf-Berlin.

*** I. H. W. Dieß Nachf., Stuttgart. ***

Arbeiterrecht

ist in vierter, vermehrter Auflage erschienen. Es gibt zuverlässige Auskunft über Rechte und Pflichten des Arbeiters aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag und aus den Unfälle-, Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzen mit besonderer Berücksichtigung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen, Testamenten usw. Preis gebunden Mk. 7.-

Für diejenigen Bestellungen, die seitens unserer Mitglieder bei der Expedition dieses Blattes angemeldet werden, ist ein Vorzugspreis angesetzt.

Verseude portofrei i. 3 Tagen g. Voreinsend. v. 60 Pf. e. hochf. Türschild, nickel-poliert. Größe 7x12 cm. Name wird eingraviert. Preisliste üb. Firmen- u. Türschilder g. 10 Pf.-Marke franko.

A. Winzen, Granieranstalt, Magdeburg Fischersufer 89.

Den Holzarbeitern Dortmunds zur Kenntnis: Viktoria-Hotel, Auf dem Berge 6. Guten bürgerlichen Mittagstisch von 50 Pf. an. August Haarscheidt.

Laubsägerei

Schreibschreiberei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkz., Wozl., Holz zc. J. Brendel, Marzdorf 95 (Pfalz). Reichh. Katalog über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franko.

Laubsägeholz pr. qm von 1 Mk. an.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg Eratkl. Lehranstalt. Ludolphstr. 13. Dir. Carl Malbaum.

Gänsefedern

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern. Neueste und beste Reinigung garantiert! Gute, preiswerte Bettfedern per Pund für 0,90; 1 Mt. 1,40. Prima Halbhaaren 1,60; 1,80. Polierfedern: halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Acht gänsefüßige Ganzhaaren 2,50. Polierhaaren 3; 4; 5 Mt. Jede beliebige Pundzahl postfrei gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

Pecher & Co. in Herford W. No. 2214 in Westfalen.

Proben und Preislisten, auch über Bettstoffs und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislagen für Bedenproben erwünscht!

Wir suchen per sofort oder später einige

Hobelmacher sowie Hobelbankmacher

auf gut lohnende Akkordarbeit. Es werden nur solche berücksichtigt, die bereits darauf eingearbeitet sind.

Bieger & Menssing, Holzwerkzeugfabrik Georgenthal, Herzogtum Gotha.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 * Eilbeck * Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Matlacke) sind absolut wasser-echt, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken. Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölwanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft. Paul Horn's wasserichte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und onglischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken. Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend. Paul Horn's Schellack-Poronsfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse. Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte. Paul Horn's Patent-Politur zum Einpolieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glasglänzende, hart, glatte, glatte Flächen, entfernt alle Ölwolken und verändert unter Garantie das Glas nicht an. Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Lamm- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht. Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf. Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität. Paul Horn liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter kollamtlicher Kontrolle. Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889“. Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889. Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890. Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerbenüssen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. Paul Horn versendet Preisblätter gratis und franko. 1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Vorwärts

kommen will jeder.

Tischler, die sich fachlich fortzubilden bestrebt sind, abonnieren die reich illustrierte Fachzeitschrift

Der Deutsche Tischlermeister. Verlag: Stephan Schmidt, Berlin C, Burgstraße 19 a.

Bestellungen durch Einsendung von M. 2,25 per Postanweisung mit genauer, deutlicher Adressenangabe pro Quartal (13 Nummern) nimmt der obige Verlag jederzeit entgegen.

Für nur 3/4 Mark 1 Extra-Colli wirklich frische leckere Fische durch Degeners Fisch-Gross-Vers. Swinemünde 457 100 ff. Sardellen, 1 Dose ff. Anchov C., 100 echte Sprott. 1 Kochbuch, 1 St. ff. Lachs, üb. 100 ff. Delicatess Fische, ca. 25-30 Ia Rollmps und 1 ganzr. fett. Rauchaal. Verp. frei.

Verlag von Karl Rios in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.